

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands, der Stukkateure und verwandten Berufsgenossen,

zowie der Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einheit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1 (ohne Bestellgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,40.

Herausgeber: Johann Stanning,
verantwortlicher Redakteur: Fritz Baepfow, beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition:
Hamburg - St. Georg, Brennerstraße 11, 1. Etage.

Anzeigen
für die viergespaltene Zeitzeile oder deren Raum 30 A.
Postkatalog Nr. 8264.

Au die Mitglieder des Maurer-Verbandes!

Kollegen, zahlt die Verbandsbeiträge, bevor es Winter wird. Monat November ist der letzte Beitragsmonat in diesem Jahre. Die Verwaltungen werden ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß Ende November kein Mitglied mit der Beitragszahlung im Rückstande ist. — Der Streifonds darf ebenfalls nicht vergessen werden.

Der Vorstand.

Im Auftrage: Th. Bömelburg.

Inhalt: Die Kartelle — ein Uebergang zu einer neuen Wirtschaftsordnung. — Rundschau. — Allgemeines. — Lohnbewegungen und Streiks. — Aus unserer Bewegung. — Literarisches. — Briefkasten. — Feuilleton: Das Baugewerbe auf der Weltausstellung.

Die Kartelle — ein Uebergang zu einer neuen Wirtschaftsordnung.

II.

Die Stellung der Sozialdemokratie zu den Kartellen ergibt sich aus ihrer Stellung gegenüber der bestehenden Wirtschaftsordnung. Sie hat kein Interesse an der Aufrechterhaltung dieser Ordnung; vielmehr ist sie von der Ueberzeugung geleitet, die ja in der Entwicklung des Kartellwesens ihre volle Befriedigung findet, daß diese Wirtschaftsordnung einer anderen, höheren, gerechteren Platz machen muß. Es ist unlogisch, die Kartelle als „bellagenswerthe Ausgeburt“ der kapitalistischen Wirtschaft zu bezeichnen, sie sind die natürliche Folge einer unvermeidlichen Konsequenz dieser Wirtschaft; alle Kartellungsbestrebungen haben das eine mit der Herrschaft des Kapitalismus gegebene Ziel: dem Besitz durch Aufhebung der Konkurrenz unter den einzelnen Besitzern einen höheren Ausbeutungsbeitrag zu sichern. Das ist durchaus nicht zweifelhaft, ist vielmehr ganz offenkundig. War doch die notwendige Wirkung der ganzen kapitalistischen Wirtschaft von Anfang an die Zurückdrängung und der Untergang des konkurrenzunfähigen mittleren und kleineren Unternehmertums. Die Kartelle bewirken eine Beschleunigung dieses Prozesses. Die wucherliche Ausbeutung der Konsumenten, welche man bei Kartellen zum Vorwurf macht, ist im Wesentlichen garnichts Anderes, als was die kapitalistische Ausbeutung stets gewesen ist; man nimmt, ohne Rücksicht auf die Konsumenten, was man bekommen kann. Ausbeutung der Konsumenten betrifft auch das kartellierte Kapital, wo es kann. Auf die Dauer kann nach unserem Ermeßen ein Kartell das Monopol der Festhaltung und Festhaltung wucherlicher Preise nicht behaupten. Auch das Kartellmonopol hat mit dem Bedürfnis der Massen und ihrer Konsumfähigkeit zu rechnen; ebenso auch mit dem technischen und wissenschaftlichen Fortschritt. Dem Preisdruck von oben steht meist ein Druck von unten entgegen. Das Kartell hat nicht nur die Festhaltung des Absatzes, sondern auch seine Steigerung zur Voraussetzung. Und dieser Voraussetzung kann nicht genügt werden durch rückwärtslose Preiserhöhung; ihre Erfüllung erfordert vielmehr entweder Preisherabsetzung oder Erhöhung der Konsumfähigkeit der Massen durch „ausgleichende“ Steigerung des Arbeitseinkommens. Auf letztere Eventualität ist die Tendenz der Kartelle zunächst nicht gerichtet, kann sie nach Maßgabe ihres Zweckes, die Unternehmer zu bereichern, garnicht gerichtet sein. Um so mehr werden die Preisregulierung in sinkender Richtung zu berücksichtigen haben.

Die Befürchtungen also, daß durch das Kartellwesen die Konsumenten bauend benachteiligt werden könnten, sind nicht so begründet, wie es auf den ersten Blick scheint, sie werden unter der Herrschaft der Kar-

telles nicht wesentlich schlimmer daran sein, als sie selbster unter der uneingeschränkten Herrschaft der freien Konkurrenz daran waren.

Einsichtsvolle Nationalökonomien haben lange vorausgesehen, daß die freie Konkurrenz, diese ursprüngliche und bis in die neueste Zeit behauptete Basis der Entwicklung des kapitalistischen Wirtschaftssystems, sich selbst überwinden werde und daß der in ihr geltende extreme Individualismus einer Interessen-Solidarität weichen müsse.

Dieser Punkt der Entwicklung ist jetzt erreicht und damit stehen wir vor einer neuen Ordnung des Wirtschaftslebens. Freilich wird dieselbe, auf der Grundlage des bestehenden Staates eingeleitet. Aber ihre konsequente, unvermeidliche Durchführung wird in absehbarer Zeit andere Grundlagen erheischen, als der bestehende Staat sie zu bieten vermag. Wie die wirtschaftliche Entwicklung seit der staatlichen und gesellschaftlichen Grundlagen verändert hat, so wird sie es auch fernerhin thun.

Bei der Thatsache, daß wir es in den Kartellen mit einer vervollkommenen Form der Volksausbeutung zu thun haben, darf die objektive Kritik nicht stehen bleiben. Wollig mit unserer Ueberzeugung sich deckend, ist, was Dr. Pöhlke in seiner Schrift: „Die Kartelle und die gewerblichen Unternehmer“ ausführt:

„Es hielten den Kartellen ein nicht wegzuleugnender sozialistischer Zug an. Allerdings kann die sozialistische gemeinschaftliche, volkswirtschaftliche Organisation, welche die Kartelle herbeiführen, nicht nur etwa in dem Sinne als sozialistisch bezeichnet werden, in dem man dies z. B. in Bezug auf den Antrag Kant's thut. In beiden Fällen handelt es sich darum, sozialistische Mittel zu sozialistischen Zwecken zu verwenden. Was die Zwecke zu verwenden, weshalb Cleland die Trusts auch ganz richtig den Kommunismus des Mannon genannt hat. Haben derartige sozialistische Einrichtungen aber einmal die Feuerprobe der praktischen Durchführbarkeit bestanden, dann liegt der Gedanke nahe, den Versuch zu machen, sie im Interesse der Gesamtheit zu verwirklichen. Die organisierte Gesamtheit (der Staat, die Gesellschaft) wird auf die Dauer nicht ruhig zusehen, wie eine sozialistische Organisation immer größere Teile der Volkswirtschaft erfaßt, die nur den Zweck hat, den Anteil, der dem Rentner ein Kommen vom nationalen Gesamteinkommen zufällt, in seiner bisherigen Höhe aufrecht zu erhalten oder womöglich noch zu steigern. Das kann nicht von langer Dauer sein. Die sozialistische Organisation wird auf einem Gebiet nach dem anderen allmählich aufhören, dem Besitze zu dienen und in den Dienst sozialistischer Zwecke im besten Sinne des Wortes eingeschaltet werden. Vom Standpunkt dieser Zukunftsvorstellung aus betrachtet, erscheinen die Kartelle als ein Aften und Suchen nach neuen, vollkommeneren, unserer Kulturstufe besser angepaßten Formen der menschlichen Wirtschaft. Ihr Dasein ist eine Befestigung der Anpassung, das System der freien Konkurrenz ebenso wenig als eine für die Einzelheit bestimmte Wirtschaftsordnung angesehen werden darf, wie die Gesellschaftsordnungen, die ihr vorausgegangen sind.“

Das kapitalistische Kartell wird ebenso wenig die höchste Stufe der wirtschaftlichen Entwicklung darstellen, wie die freie Konkurrenz sie dargestellt hat. An die Stelle des Kapitalismus mit seinen Kartellen wird das Kartell der Kartelle, die einheitlich organisierte, im Interesse der Gesamtheit wirkende gemeinschaftliche Ordnung treten. Freilich wird die

Entwicklung bis dahin sich unter schweren Kämpfen vollziehen.

Die wichtigste Frage, die für uns an die Kartellstellung sich knüpft, ist die: Was wird diese Neuordnung den Arbeitern bringen? Die kartellistische Presse verheißt ihnen ständige Arbeitslosigkeit. Angenommen, daß die Kartelle eine solche für die von ihnen benötigten Arbeiter gewähren könnten, was wird dann aus der Masse, welche die charakteristische Bezeichnung „industrielle Reservearmee“ führt? Diese Masse wird durch die Kartellierung der Industrie nicht vermindert, geschweige denn abjörbt, sondern vermehrt werden. In noch viel höherem Maße, als die von völlig freier Konkurrenz beherrschte Industrie, wird die kapitalistische Assoziation bemüht und in der Lage sein, menschliche Arbeitskraft überflüssig zu machen.

Und nicht nur das. Zwar hat, wie das in der schon erwähnten, die Kartelle betreffenden Resolution des Frankfurter Parteitages der Sozialdemokratie ausgesprochen ist, die Arbeiterklasse keine Veranlassung, den durch die Kartellwirtschaft beförderten großkapitalistischen Entwicklungsprozess durch reaktionäre Gesetzgebungsversuche zu stören, weil dieser Prozess die unübersteigliche Ueberlegenheit der national und international organisierten, einheitlich geleiteten Produktion über die zerplitterte Produktion der freien Konkurrenz immer eindringlicher und augenfälliger lehrt, und somit ein Schritt zur Verwirklichung des Sozialismus ist.

Aber man muß sich auch klar machen, daß die Kartelle eine Geißel für die Arbeiter werden durch die ungeheure Macht, welche die lediglich auf Ausbeutung berechnete kapitalistische Assoziation gegenüber ihren Arbeitern erweist. Man braucht ja nur das oft geradezu schmachvolle, der faktischen Sklaverei gleichkommende Abhängigkeitsverhältnis zu betrachten, in welchem heute schon so viele Arbeiter zum Unternehmertum sich befinden.

Unter der Herrschaft des Kartells werden für die Arbeiter fast alle Vortheile der Freizügigkeit hinwegfallen. Denn in allen dem Kartell unterstehenden Betrieben werden selbstverständlich die gleichen Löhne bezahlt, die gleichen Arbeitsbedingungen aufoktroirt, die Arbeiter der gleichen Behandlung unterworfen werden. Dahin streben ja schon jetzt die der Bekämpfung der Arbeiterorganisationen dienenden Unternehmerkoalitionen.

Gesteigerter Lohndruck, gesteigerte wirtschaftliche, soziale und politische Knechtung werden unausbleiblich. Hat seither schon das Unternehmertum das erheblichste, wenn gleich schändlichste Interesse daran gehabt, es zu einer faktischen wirtschaftlichen Gleichberechtigung der Arbeiter nicht kommen zu lassen, die Arbeiter durch die niederträchtigsten Praktiken zu zwingen, Verzicht zu leisten auf ihr Koalitionsrecht, sie politisch zu entrechteten und zu unterdrücken — um wie viel mehr wird der kartellierte Kapitalismus bemüht sein, diesem Interesse zu genügen, die vollendetste Sklavenswirtschaft einzuführen.

Daß der Mißbrauch der Macht des Kartells in dieser Richtung wirklich zu befürchten ist, hat vor

*) Leipzig 1899, Verlag von Veit & Comp.

einiger Zeit ein den Kartellen sehr geneigtes Blatt, der „Hamburger Correspondent“, zugeben müssen in folgender Bemerkung:

„Dem Arbeiter aber, der sich bei einem Kartell nur einem Anstalt einer Anzahl von Unternehmern gegenüberüber, muß es durch Zusammenschluß in Berufsvereinen ermöglicht sein, der Macht ebenfalls die Macht entgegenzusetzen.“

In der That wird die Arbeiterkoalition, die Arbeiterklasse überhaupt, sowohl auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiete der Kartellwirtschaft gegenüber eine ganz andere Macht werden müssen, als sie es heute ist, um die Verklammerung der Klasse zu verhindern und den künftigen Fortschritt in Rücksicht auf die Interessen der Allgemeinheit zu sichern. Und dazu gehört unbeschränkte Koalitions- und Vereinsfreiheit. Nicht bloß also dieser Freiheit gegozogenen Schranken müssen fallen, sie muß auch durch wirksame Strafbestimmungen gegen die Vergewaltigungsversuche des Unternehmertums und behördlicher Autorität gesichert werden.

Weiter muß der den Arbeitern gebührende Einfluß auf die Gesetzgebung, sowie die Reichs-, Staats- und Gemeindeverwaltung Anerkennung und Sicherung finden, damit die Demokratisierung des Gemeinwesens Fortschritte machen kann und die Arbeiterklasse auch die erforderliche politische Machtstellung gegenüber dem Kapitalismus einzunehmen vermag.

Auch ist die gesetzliche Festlegung eines den Interessen der Arbeit wirklich entsprechenden Arbeiterschutzes mit der Richtung zur internationalen Ausgestaltung energisch anzustreben und zu verwirklichen.

Endlich kommt als eine der wichtigsten Gegenmaßregeln gegen die den Lebensstand der Arbeiterschädigenden Preistreiberien der Kartelle eine gesunde Zollpolitik in Betracht. Es muß verhindert werden, daß, wie Amerika bereits die Erfahrung gemacht hat, das Kartellwesen sich hinter hohe Schutzzölle verschärft und obenrein noch eine Förderung durch Erhöhung des inländischen Verkehrs (hohe Eisenbahntarife etc.) erfährt. Ueber die Zollpolitik werden wir uns im Anschluß an diese Ausführungen in einigen Artikeln besonders äußern.

Entsprechend diesen Erwägungen hat die deutsche Sozialdemokratie auf ihrem Parteitag 1894 zu den Kartellen Stellung genommen. Auch der kürzlich in Paris stattgehabte internationale Sozialistenkongreß hat sich mit ihnen wesentlich unter denselben Gesichtspunkten beschäftigt. Der von verschiedenen Seiten aus bürgerlichen Kreisen geforderten gesetzlichen Unterdrückung der Kartelle stimmt die Sozialdemokratie nicht zu, weil es ihre Aufgabe nicht sein kann, störend und hindernd in die wirtschaftliche Entwicklung einzugreifen. Wohl aber hat die Sozialdemokratie alle Ursache, diejenigen Bestrebungen zu unterstützen, die darauf gerichtet sind, eine gesetzliche

geregelte öffentliche Kontrolle der Kartelle und ihrer Tätigkeit herbeizuführen, damit schwindelhafte Manöver derselben verhindert werden. Insbesondere müssen die Kartelle verpflichtet werden, ihre Gründung, ihre Statuten, Beschüsse und Maßnahmen, sowie ihre Verwaltungsberichte zu veröffentlichen. Erheblicher Abbruch könnte dem kartellistischen Wucher durch Verstaatlichung einer ganzen Reihe von Betrieben, insbesondere des Bergbaues, geschehen, wie ja dann die Ueberwindung des Kartellwesens schließlich nur durch die von der Sozialdemokratie erstrebte Umwandlung des kapitalistischen Privatguthums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum erfolgen kann.

Rundschau.

* Ein unerhörter Vorgang. Auf die Agitation für die verfallene Zuthausanlage wirkt folgender Brief des Geschäftsführers des Zentralverbandes der Industriellen den zu veröffentlichen, die „Leipziger Volkszeitung“ in der Lage war, ein großes Schlaglicht. Das Dokument lautet:

Zentralverband deutscher Industrieller.

Berlin, den 3. August 1899.

Das Reichsamt des Innern hat mir persönlich gegenüber der Wunsch geäußert, daß die Industrie ihm 12 000 zum Zwecke der Agitation für den Entwurf eines Gesetzes zur Schatzung des gewerblichen Erbes im Verhältnis zur Verfügung stellen möchte. Ich habe diese Angelegenheit den stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralverbandes, Herrn Geh. Finanzrat Seude, unterbreitet, der es aus naheliegenden Gründen für zweckmäßig erachtet hat, dieses etwas eigentümliche Verlangen nicht zurückzusetzen. Herr Seude hat für die Firma Krupp & Co. 5000 zu dem erwähnten Zweck zur Verfügung gestellt.

ges. H. A. Wuch.

Von der „gutgesinnten“, namentlich von der konservativen, agrarischen und Zentrumspresse ist zunächst der Versuch gemacht worden, die Schatzung des Erbes zu bekämpfen. Dieser Versuch ist gescheitert. Der Brief ist eckig, wenn auch vielfach die Jahreszahl des Briefes nicht richtig ist und es statt 1898 1899 heißen muß. Nachdem einige Tage hindurch die oppositionelle Tagespresse, selbst die führenden Organe der National-Liberalen, von dem Reichsamt des Innern und insbesondere von dem Vorsteher desselben, dem Staatssekretär Grafen Posadowski, dringend Aufklärung verlangt hatten, erschien in einer Vertraulichkeitsgabe der „Berliner Korrespondenz“ folgende Erklärung:

In Nr. 245 der „Leipziger Volkszeitung“ vom 22. d. M. (Oktober) findet sich ein angeblich von dem Generalsekretär des Zentralverbandes Deutscher Industrieller herrührendes Schreiben abgedruckt, an welches die „Leipziger Volkszeitung“ heutige Angriffe gegen das Reichsamt des Innern knüpft. Zur Klarstellung der Thatsachen wird folgendes bemerkt: Gegenüber dem zum Theil sehr weitläufigen Entstellungen in der Defensivität erschien es wünschenswert, insbesondere aus der Industrie, nach der Ende Juni 1899 im Reichsamt vollzogenen ersten Nachbesetzung des Reichsamt zum Schatzung der Arbeitswilligen unbedingt notwendig, an der Hand des amtlichen parlamentarischen

Materials des Reichstages die öffentliche Meinung möglichst umfangreich darüber aufzuklären, welche Thatsachen die Einbringung dieses Gesetzesvertrages herbeiführen und welche Gründe von den Vertretern der Regierung bei der Verteidigung des Gesetzesvertrages im Reichstag beigebracht worden sind. Zu diesem Zweck wurden Auszüge aus der Begründung des Gesetzesvertrages beigegeben, das amtliche Material enthielt den Denkschrift, sowie der stenographische Wortlaut vor Neben, die bei der Verhandlung des Gesetzesvertrages im Reichstag von Regierungsvertretern gehalten worden waren, in zahlreichen Exemplaren probenziellen Wärters beigelegt. Auf Anregung und durch Vermittelung des Direktors im Reichsamt des Innern, Dr. v. Wochte, hat der Generalsekretär eine Summe von 12 000 zur Verfügung gestellt; diese ist zur Deckung der Druckkosten verwendet worden, die durch die Weitergabe des obenbezeichneten amtlichen Materials entstanden sind. Ueber die Veranschlagung der Summe behufs Verbreitung des bezeichneten, in den Druckfachen des Reichstages bereits niedergelegten amtlichen Materials besitzt der genannte Beamte urkundliche Belege.“

Die Schatzung ist also eingeleitet. Das Reichsamt des Innern, ein Theil der bezeichnten Reichsregierung, hat im Interesse des Großkapitals in der Industrie um mit dessen Geldern die Agitation für die Zuthausanlage betrieben. Unsere Leser werden sich entsinnen, daß feinerzeit in den kleinen Amtsblättern und in sonstigen Zeitungen, die direkt oder indirekt von den staatlichen Gewalten abhängig sind, so eine Art Schauerromane über Vergewaltigungen freilebender „Arbeitswilliger“ durch Streckende veröffentlicht wurden. Dies waren Auszüge aus den amtlichen Neben der Regierungsvertreter und Wärters aus den unter Aufsicht der Defensivität von Polizeibeamten herbeigeschafften Materials der Regierung. Diese Schauerromane wurden unter Anleitung von Beamten des Reichsamts des Innern der Replikensprelle zum Abdruck überwiegen, und die Kosten des Abdrucks wurden von dem 12 000 der Industriellen bestritten.

Das ist das deutsche Panama! sagt mit Recht der „Vorwärts“. Direktor Dr. v. Wochte läßt verkünden, er habe Belege, daß die 12 000 für den angegebenen Zweck verwendet worden seien. Das glauben wir ohne Weiteres. Damit hat Herr v. Wochte aber nicht im Geringsten glaubhaft gemacht, daß er auch nur den Schein des Rechtes hatte, das Gehalt der Industriellen anzunehmen, geschweige denn zu fordern. Es wird aber auch weiter dem Verdachte Raum gegeben, daß noch weitere Beamte der Schauerromane als Trinkgelber an besonders dienstfertige Beamte geschickt sind. Nach dem, was bisher erwiesen ist, liegt der Korruption Ehrlich und Thor offen. Wir hoffen es nicht, daß es so weit ist mit der Reichsregierung; um aber jeden Verdacht zu zerstreuen, wird es nöthig sein, daß der neue Reichstagskanzler gründlich auskehrt.

Nachdem vorstehende Zeilen sich im Satz befinden, lesen wir in der „Leipziger Volkszeitung“ neue Enthüllungen. Unser Leipziger Parteiorgan schreibt:

Das liberale Reichsamt, das die Regierung am Donnerstag in der „Berliner Korrespondenz“ abgelegt hat, ruft in werten Kreisen den Eindruck hervor, daß damit die ganze Angelegenheit klargestellt sei.

Dem aber ist, wie wir im Interesse der geschichtlichen Wahrheit feststellen müssen, keineswegs so, vielmehr hat gerade die Regierung in allerdings wohl begreiflicher Verwirrung mehr gestanden als sie gesehen mußte, eine Entscheidung, die kriminalphysiologen nicht unverständlich sein wird.

Der Fall Wochte aus dem Jahre 1899 ist inhaltlich nicht der erste Fall, sondern bloß ein Einzel-Fall gewesen.

Wir sind in der Lage, feststellen zu können, daß der von uns am 22. Oktober veröffentlichte Brief des Generalsekretärs Wuch.

Das Baugewerbe auf der Weltausstellung.

(Originalbericht für den „Grundstein“.)

Von Max Pfund.

(Fortsetzung.)

Daß auf allen Gebieten des Ingenieurwesens die deutsche Arbeit nicht zurück steht, braucht nicht besonders betont zu werden. Einen Grabmesser mindestens für den Umfang dieser öffentlichen Bauten im Deutschen Reich bilden die Zahlen über die Produktion und den Verbrauch der hauptsächlichsten Baumaterialien. Beispielsweise ist die Kobleisenerzeugung auf den Hochofen in stetiger Entwicklung begriffen. Im Jahre 1884 wurden auf deutschen Hochofen 3 800 000 t Kobleisen hergestellt, im Jahre 1898 schon mehr als 7 400 000 t. Die Erzeugung von Thomas-Stüpfstein hat sich in den letzten sechs bis sieben Jahren verdoppelt und betrug 1898 über 5 000 000 t. In ähnlicher Weise ist die Erzeugung von Portlandzement in deutschen Fabriken gewachsen. Im Jahre 1877 bestanden in Deutschland 29 Fabriken, die 2 400 000 Fässer à 170 kg Portlandzement herstellen. 1887 betrug die Zahl der Fabriken 45 mit einer Erzeugung von 7 600 000 Fässern. Und 1897 war die Zahl der Fabriken auf 66, die der Produktion auf 14 700 000 Fässer à 170 kg angewachsen. Innerhalb zwanzig Jahren hat sich also die Zahl der Fabriken mehr als verdoppelt, während die erzeugte Menge in einem unerbittlich stärkerem Verhältnis gewachsen ist.

Stetens Deutschlands wird für die Zwecke der Weltausstellung auf einige Besonderheiten der Entwicklung von Wissenschaft und Praxis auf den Gebieten des öffentlichen Bauwesens in Deutschland hingewiesen. So haben die Fortschritte neben der Entwicklung auf dem Gebiete des Hauses älterer Brücken auch im Bau gewölbter Brücken den gleichen Schritt gehalten.

Da die Unterhaltungskosten dieser letzteren Brücken geringer sind und bei ihrem Bau dem Schönheitbedürfnis weiter entgegen gekommen werden kann, so werden sie von öffentlichen Gemeinwesen vielfach bevorzugt. Die theoretischen Fortschritte sowohl wie auch die eingehende Untersuchung besonders der Brückenmaterialien, wodurch die Qualitätverbesserungen der Elemente hervorgerufen wurden, trieben die Entwicklung der Brückenbaukunst in den letzten Jahrzehnten ein gutes Stück vorwärts, welche Kunst gegenüber den Beständen früherer Zeiten und den Fortschritten der Eisenkonstruktion am Ende der Entwicklung angelangt ist. Die Gewölbetheorie hat mit der Theorie

klassischer Bogen sehr an Klarheit gewonnen. Die Einführung von Gelenken im Scheitel und an den Kämpfern gewölbter Brücken durch Rippe in Dresden hat eine Bauart hervorgerufen, die größere Spannweiten ergibt. An Stelle des natürlichen in Mörteleinbauelementen tritt mit großen Erfolgen der Beton; Eisenanlagen in verjüngter Gestalt werden zu seiner Verankerung verwendet und hierdurch die Ausdehnung ungemein leichter und fester Gewölbungen ermöglicht. An feineren Brücken mit über 80 m Spannweite der einzelnen Öffnungen sind während der letzten 10 Jahre folgende in Deutschland gebaut worden: Gemauerte Gewölbe haben die Straßenbrücken über die Murg bei Seltsbach und bei Hugenbach, die Eisenbahnbrücke über den Main bei Rügingen mit sechs Öffnungen von je 86 m, Gemauerte Gewölbe mit Gelenken haben die Murrbrücke bei Marbach und die Murgbrücke bei Baiersbrunn. Betongewölbe mit Gelenken haben eine Straßenbrücke über die Donau mit 60 m Spannweite, eine Straßenbrücke über die Donau bei Jutzighausen mit 48 m Spannweite und die Eisenbahnbrücke über die Elbe bei Dresden mit fünf Öffnungen à 31 m. Bei dieser Brücke sind die Gelenke nicht aus Eisen oder Blei, wie sonst üblich, sondern aus Gelsenstein.

Sehr umfangreich waren die Gasbauten während der letzten 10 Jahre in Deutschland und haben ebenfalls zu vielen neuen Arbeitsmethoden und Einrichtungen Anlaß. Gewaltige Umwälzungen wurden beispielsweise mit dem Bremer und dem Hamburger Gasen vorgenommen, die unter der Oberleitung von Franzius, Neß, A. Meyer umgebaut wurden und noch häufig erweitert werden. Auch Lübeck, Stettin haben kleinere, aber durchaus moderne Gasfabriken erhalten.

Was die Vorfälligkeit Deutschlands in den Ausstellungsgruppen für Ingenieurwesen betrifft, so ist dieselbe in der Klasse für Modelle, Pläne und Zeichnungen öffentlicher Bauten und Arbeiten sehr reich, in der Klasse für Materialien und Gerätschaften sehr dürftig. Wir können hier nur ein von Funke & Co. in Charlottenburg ausgefertigtes Leitergerüst zur Ausdehnung von Bauarbeiten an Fallsteinen und Thürmen erwähnen. In der anderen Abtheilung dagegen müssen wir uns der Fälle wegen auf die Mittheilung einiger Stichproben beschränken.

Da sind zuerst eine Reihe handlicher Werkzeuge und Stabverwaltungen zu nennen. Hamburg stellt Pläne und Modelle des Hamburger Hafens, ferner Spindelbauten, Qualanlagen, Eisforterkspläne aus, das preussische Ministerium der öffentlichen Arbeiten sehr interessante Darstellungen neuerer Fluss-

regulirungen und Kanalbauten. Eine außerordentlich reiche Darstellung von Aemern, was sich auf Wasser- und Schiffbauwesen bezieht, ist, da ja Deutschlands Zukunft auf dem Wasser liegt, selbstverständlich. Aber es muß doch auch anerkannt werden, daß Deutschland auf diesen Gebieten inhaltlich in vorderer Reihe steht, und daß deswegen die reiche Ausstellung des Wasser- und Schiffbauwesens nicht nur eine Folge der Bevorzugung von „Oben“, sondern auch eine Folge inhaltlicher Verhältnisse ist.

Es sind weiter zu nennen der Magistrat von Berlin mit Brückenbauten, dem Modell der gesammelten Wasserwerksanlagen, Modellen von Wohn- und Geschäftshäusern, der Darstellung des unterirdischen Berlins etc. Haniel & Lueg in Düsseldorf bringen Modelle, die schnell berühmt gewordenen Schiffsbauwerks bei Reichensberg an Dorimund-Eisenkanal. Und so wären noch gar viele Werke neuerer Bau- und Ingenieurkunst zu nennen. Doch ist auf dem weiten Weltausstellungsgebiet noch manches Andere der Betrachtung werth, und wir wandern weiter.

Borbei an der Maschinenabtheilung, wo Deutschland unbesritten an der Spitze steht. Man muß diese ungeheuren, in mehreren Etagen aufgestellten Dampfmaschinen von Borbei in Berlin und Schindler in Nürnberg gesehen haben, und zu begreifen, was auf diesem Gebiete jetzt geleistet wird. Den „größten“ Dynamo der Welt“ stellt die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft in Berlin aus. Das Schwungrad hat 10 m Durchmesser und macht in der Minute 83 Umdrehungen. Manches auch für das Baugewerbe interessante finden wir in der sich anschließenden Landwirtschaftlichen Abtheilung. Das französische Ministerium hat hier allfранzösischen Bauernhäuser aufbauen lassen aus der Zeit, da es noch keine Weltausstellungen gab. Hier finden wir auch einen Theil der deutschen hygienischen Ausstellung. Die Städte Köln, Nürnberg und Hamburg veranschaulichen da ihre geläuterten, der öffentlichen Gesundheitspflege gewidmeten Einrichtungen, die Kanalisation, die Straßenreinigung, die Wasser-, die Wasser-versorgung, die Krankenpflege, die Anlage von Schlachthöfen und Viehhöfen und dergleichen.

Die andere Seite der Marschelpaläste bietet unserer Betrachtung weniger. Sie wird zum großen Theile von der Ausstellung der gesammelten Textilindustrie eingenommen. Wort beim Gelfesturn, wo wir nun die Gebäudereihe wieder verlassen, befindet sich die Ausstellung des Bergwerks- und Hüttenwesens, ebenfalls mit auch baugewerblich interessanten Darstellungen. (Schluß folgt.)

dessen Echtheit unbestritten ist, auch in seinem Datum bis auf das letzte Tipfelchen stimmt. Er ist gefertigt am 8. August 1898.

Wenn die Berliner Korrespondenz des Briefes fernerlei Erwähnung thut, wenn sie nicht davon weißt, will, daß bereits im Sommer 1898 das Reichsamt des Innern um Geld für Arbeiterregulation beim Zentralverbande supplicirte, so liegt der Verdacht nahe, daß die Regierung Gründe hat, den leichteren Fall zu beizugehen, um über schwerere Fälle hinwegzukommen. Wenn wir gestern ganz bedingungsweise bei der Datumsfrage die Möglichkeit eines Schreibfehlers in Betracht gezogen haben, so haben wir heute alle Ursache, diese Möglichkeit als ausgeschlossen zu bezeichnen. Warum aber hat sich das Reichsamt des Innern über das Geschehniß des Jahres 1898, das Herr Bued zu dem bemerkenswerthen und garnicht schmeichelehaften Worte vom „etwas eigenthümlichen Verlangen“ herausgefordert hat, so gründlich ausgeschwiegen? Seine Angaben über die Verwendung der im Jahre 1899 empfangenen Mittelgelder des Zentralverbandes erscheinen gerade in diesem Zusammenhang in ihrer Glaubwürdigkeit stark erschüttert.

Die „Vollzählg.“ erinnert weiter daran, daß der „Vorwärts“ im Laufe dieses Sommers einen vertraulichen Anruf des Vorsitzenden des Zentralverbandes der Industriellen veröffentlicht hat, worin an die Mitglieder des Verbandes die Bitte erneuert wurde, einen freiwilligen Beitrag zu dem Preßfonds zu liefern, der hauptsächlich zur Vergütung der „Neuen Reichskorrespondenz“ verwendet wird. Diese Korrespondenz, die kostenfrei an 465 Zeitungen versendet wird, dient dem energischen Kampfe gegen die Unruhparkette. Der Schlussatz lautet: „Wir gestatten uns noch, zu bemerken, daß die in dieser Art von den einzelnen Mitgliedern gewährten freiwilligen Beiträge zwischen M. 10 und 5000 schwanken.“

Dieser Anruf erschien im „Vorwärts“ ohne Datum. Die „Vollzählg.“ ist nun in der Lage, festzustellen, daß dieser Anruf vom 20. Mai 1896 datirt ist, und sie zieht hieraus die ebenfalls richtige Schlussfolgerung, daß das Willgeheuch des Reichsamts des Innern in dem Vordringen Brief vom 8. August 1898 sich nicht auf die publizistische Agitation bezieht, sondern daß die M. 12000 für andere „agitatorische“ Zwecke gebraucht worden sind.

Wahlkreis der Sozialdemokratie. Das Reichsamt des Innern hat den konservativen Vertreter für den Kreis Brandenburg Westphalen und wegen Verhüte gegen das Wahlgesetz kassirt worden. Nummer 11 in der am 26. Oktober stattfindenden Sitzung unser Genosse Bitts' Dessau mit rund 11000 Stimmen gewählt worden. Der konservative Bewerber, B. Koebel, hat ca. 650 Stimmen weniger erhalten. 1898, bei einer Nachwahl, hatte die Sozialdemokratie zum ersten Mal diesen Wahlkreis erobert. Unsere Partei legte mit 9720 gegen 9885 konservativen Stimmen. Bei der nächsten Wahl gelang es der Reaktion, uns den mit geringer Majorität gewonnenen Wahlkreis nochmals abzugeben. 1898 siegte in der Stichwahl B. Koebel mit 10708 über Neus mit 10642 Stimmen.

Der letzte schöne Sieg wurde errungen trotz der schmachhaften Wahlminderheiten der konservativen Gegner, die jede Niedertrachtigkeit und jede Niederstelt ausboten, um ihre Kandidatendarbaiter zum Erfolg zu führen, und trotzdem die Mehrzahl der in der Hauptwahl am 18. Oktober d. J. gezeigten (6416) „streichmüden“ Stimmen in der Stichwahl für Koebel abgegeben worden sind. Doch das arbeitende Volk des Wahlkreises hat den konservativen Bureaukraten, den reaktionären Streiber zur Weite gebracht.

Baugewerbliches.

Fähigkeit der Bauarbeit. Altona. Am 28. Oktober fürzte der Maurer M. Ewers von dem Dache des Hauses Weststraße 26, wo er mit Reparaturarbeiten beschäftigt war, in die Tiefe hinab. Er hat sich verschiedene Verletzungen und Verletzungen zugezogen und wurde durch die Sanitätskolonne der Feuerwehre nach dem Krankenhaus gebracht.

Samburg. In einem Neubau an der Widmannstraße fürzte am 24. Oktober, gegen 9 Uhr Vormittags, ein Stück Mauer ein, wodurch ein Arbeiter verkränkt wurde. Er hat glücklicher Weise nur leichte Verletzungen erlitten und konnte alsbald durch seine Kollegen befreit werden.

Müsch b. Karlsru. (Sig. Ver.) Am Samstag, 20. Okt., Nachmittags 2 1/2 Uhr, brach beim Ausheben von Gaudelstein mittelst Schere ein Stein entzwei und fiel dem unten beschäftigten Maurer Joh. Meiser aus Dachboden so unglücklich auf den Bein, daß dasselbe zweimal am Knöchel abgeklagen wurde. Die Vorchrift, daß unter einem Auszuge Niemand beschäftigt werden darf, was leider wieder nicht befolgt worden. Es ist dies der zweite schwere Unfall, der innerhalb vier Wochen bei dem Maurermeister Welsch-Karlsruhe passirt. Das erste Mal verunglückte der selbige Maurer Anton Burtart aus Müsch ähnlich dadurch, daß er infolge eines schlechten Hindernisses mit dem Gerüst zusammenbrach. Weiter fürzten bei demselben Unternehmer im Laufe des Sommers zwei Verunglückte ein, weil schlechtes Material verwendet worden. Auch bei dem jetzigen Bau wird schlechtes Material verwendet und sonstige Bauarbeiten-geliefert. Der Bau ist erst einen Stock hoch und schon ist das Kellergewölbe betonirt, das Abdecken des Gewölbes mit Dielen hat man wieder vergessen. In einem 52 cm. starken Giebel wird innen und außen einer halben Stiege gemauert und der Zwischenraum wird mit Bruchsteinen und Ziegelnbroden ausgefüllt. Die Mauerer bewußten die Tragfähigkeit des Giebels. — Nicht unerwähnt mag bleiben, daß der bauleitende Parler zweiter Vorsteher des katholischen Männervereins in Dachboden ist.

Müsch a. d. Mosel. In einem Neubau fürzte ein Maurer eine Kreppe herab und erlitt schwere Kopfverletzungen, die ihn betäubungslos machten. Er ist seinen Wunden erlegen, ohne daß er noch einmal das Bewußtsein erlangt hatte. Der 63jährige Verunglückte hinterließ eine Wittve und fünf kleine Kinder.

Stettin. (Sig. Ver.) Auf dem Neubau des städtischen Verwaltungsgeländes in der Magazinstraße (Maurermeister Sperling) sind einige Maurer mit dem Wälzen von Kreuzrippen beschäftigt. Durch nicht genau zu ermittelnde Ursachen fürzte am 28. Oktober, Nachmittags 3 Uhr, ein großer Theil des frisch hergestellten Gewölbes ein. Durch die hierdurch verursachte Erschütterung des Gewölbes verlor der Maurer Julius Fung das Gleichgewicht und fiel rückwärts durch eine Bodenöffnung auf das 6 m tiefer gelegene Kellergewölbe. Mit ansehnlichen schweren Verletzungen wurde er in die Waunde getragen. Durch einen Mann von der Sanitätswache wurde ihm ein

Verband angelegt und dann suchte der Verletzte seine Wohnung auf. Ob das Gerüst oder die Schalung stark genug war, ließ sich nicht feststellen. Thatsache ist, daß nach dem Unfall die Grabgruben geölt wurden.

Zielenzig. Im dem Neubau des Unternehmers S. Nider, an der Schermeierstraße, woselbst 14 Personen beschäftigt waren, fürzte ein Gerüst zusammen, wodurch sechs Personen zum Absturz und unter die Trümmer zu liegen kamen. Ein Arbeiter erlitt schwere Kopfverletzungen und einige Rippenbrüche, ein Maurer und ein Lehrling erlitten schwere Verletzungen am Kopfe und auch innere Verletzungen, während zwei Maurer und ein Arbeiter mit leichteren Wunden davon kamen. Nachdem die Verletzten aus den Trümmern befreit waren, gingen die bereits geschickenen Arbeiter sofort an die Wiederherstellung des Gerüstes. Die Verletzten mußten noch eine halbe Stunde unter freiem Himmel liegen bleiben, dann wurden sie ins Krankenhaus resp. in ihre Wohnung befördert. Das Unglück ist auf den leistungsfähigen Gerüstbau und auf die Treiber des Parlers zurückzuführen.

Zum Bauarbeiterzuschuß. Die Polizeiverwaltung in Magdeburg hat die übliche, vom Minister des Innern vorgeschriebene Verordnung zum Schutze der Bauarbeiter erlassen. Sie erstreckt sich auf Unterkunftsräume, Aborte, Licht- und Fensterbeschluß der Bauten während der Wintermonate, Kofakfeuer und Gerüste. Die Verordnung geht nicht über die schon bekannten hinaus. Was über den Gerüstbau gesagt ist, steht auch in den Unfallverhütungsvorschriften der Baugewerkschaften-gesellschaften. Ueber die angeordnete Selbstfrage von M. 1-80 bei Ueberleitung der Verordnung werden gewissenlose Unternehmer sich sehr leicht hinwegsetzen. Die Bauarbeiter werden darum auch recht wenig befriedigt sein von dem polizeilichen Erlaß. Will die Verhütung der Bauarbeiter die Lebensgefahr beibringen, daß es ihr wirklich Ernst ist mit dem Schutze für Leben und Gesundheit der Bauarbeiter, dann wird sie sich entschließen müssen, die regelmäßige Kontrolle der Bauten den Forderungen der Arbeiter entsprechend einzuführen. So lange dieses nicht geschieht, werden die Bauarbeiter auf Selbsthilfe bedacht und durch ihre Gewerkschaften bemüht sein müssen, die Baukontrolle wenigstens einigermaßen zu ersetzen. — Hierüber hat sich eine Landeskommission der Bauarbeiter zur Förderung des Bauarbeiterzuschusses gebildet. Vorsitzender der Kommission ist Maurer A. Steint, Magdeburg-Wilhelmstadt, Schrotelstraße 66. Eine am 12. August d. J. stattgehabte Bauarbeiterkonferenz für die drei Provinzen Sachsen hat beschlossen, daß jede Organisation des Baugewerbes pro Mitglied und Jahr 6 M an die Landeskommission zu zahlen hat; Gelder sind an den Kassierer E. W. Diller, Zimmerer, Magdeburg-Neustadt, Neuhafenbäckergasse 8, zu senden.

Die 11 Arbeiter der Magdeburger haben dem Magistrat ihrer Stadt eine Petition eingereicht, in der in der Hauptsache gefordert wird: 1. Errichtung von beschließbaren Bauenden bei allen Verträgen, in denen mehr als fünf Arbeiter beschäftigt sind, mit Selbsthänden, Beschäftigungen z. B. Umräumung von Werkstätten, 2. Umräumung von Werkstätten, 3. Umräumung von Werkstätten, 4. Errichtung der offenen Kofakfeuer durch sog. Kanonendien. 5. Anbringung von Ständergerüsten ohne Aufst. Errichtung eines Schutzes an der Umfassungsmauer in jeder Etage. Diese Gerüste müssen mindestens 1 1/2 m breit sein und dürfen mit Baumaterial nicht belastet werden. Auch die Aufstellung sogenannter verbundener Gerüste soll geordnet werden, daß jedesmal, nachdem eine Etage aufgestellt ist, diese vollständig abgedeckt wird, damit bei weiteren Arbeiten nicht Werkzeuge und Hölzer ins unten, wo meist Leute beschäftigt sind, durchfallen. Dasselbe trifft bei der Aufstellung einer Gerippe auf den Bauten zu. Den einzelnen Punkten ist eine ausführliche Begründung beigegeben.

Der Münchberger Magistrat hat auf die Petition wie folgt geantwortet:

Auf Ihre hieranmit eingelaufene Vorstellung diene Ihnen einvernehmlich das Staatsministerium vom 7. Juli 1900, Nr. 16794, beauftragt, auf Grund des Artikels 101 des Polizeiverfassungsgesetzes in der Fassung des Gesetzes vom 22. Juni 1900 an Stelle der hiesigen Einzelvorschriften einen allgemein verbindlichen oberpolizeilichen Vorchrift, betreffend: Sicherheitsvorrichtungen zur Verhütung von Unfällen bei Bauarbeiten und Verhütung von Missethänden und Gesundheitsbeschädigungen im Baugewerbe, zu erlassen. Ein bezüglicher Entwurf hierzu ist seitens der obersten Baubehörde ausgearbeitet worden. In diesem sind u. A. Bestimmungen über Unterkunftsräume, Arbeiteraborte, Abhaltung von Zugluft, Kofakfeuer und über den Gerüstbau vorgesehen.

Ueber die in Ihrer Vorstellung enthaltenen Anträge ist das städtische Bauamt beauftragt worden, sich gütlich zu äußern.

Ueber den Bauarbeiterzuschuß in Oldenburg und Ostfriesland berichtet unsere Bremer Agitationskommission wie folgt:

In Delmenhorst, wo 80 Bauten in Frage kommen, wurden allerlei Missethände vorgefunden. Auf 15 Bauten waren keine Unfallverhütungsvorschriften ausgehängt, auf 10 Bauten waren keine Aborte oder solche ohne Bedachung. An 14 Bauten oder 49 pzt. sämtlicher Bauten waren keine Wunden, die Arbeiter also gezwungen, ihren Zubehör im Freien, den Witterungsverhältnissen ausgesetzt, einzunehmen. Auf 4 Bauten fehlten die Schutzhölzer, auf 2 Bauten war die Balkenlage nicht abgedeckt. In Wilhelmsburg, Welta und Kloppeburg sind Baubanden und Aborte böhmisches Dörfer, die Gerüste sehr mangelhaft, besonders in Wilhelmsburg; wenn dort die Vorderfront hoch gemacht ist, müssen die Bretter und dergleichen nach hinten geschickt werden. An Schutzhölzer, Balkenlagen abdecken ist nicht im Entferntesten zu denken. Unfallverhütungsvorschriften hängen zum Theil aus. Nicht besser steht es in der Neustadt Oldenburg selbst aus. Bei 18 in Betracht kommenden Bauten war eine Waunde, die diesen Namen überhaupt nicht verdient. Die anderen waren mehr oder weniger schlecht, zum Theil im Neubau, ohne Thür und Fenster, ohne Licht und Aborte, die Aborte mit geringer Ausnahme miserabel, auch die Gerüste ließen zu wünschen übrig, besonders am Kirchengang in Döveling. Beim Bau der Infanterieunterkammer war erst ein Arbeiter zu Tode gekommen; der genaue Sachverhalt war nicht zu ermitteln. Thatsache ist aber, daß mangelhafte Stiege Schuld daran trägt. Abdecken der Balkenlage und Schutzhölzer ist hier wenig üblich. In Beer ist augenscheinlich wenig oder gar keine Arbeit. Wänden und Aborte sind unbekannt, Gerüste stets mangelhaft, Unfallverhütungsvorschriften

hängen zum Theil aus. Am traurigsten sah es wohl in Papenburg aus. An dem Schuppenbau baute ich, wo circa 25 Gesellen und mindestens 100 Arbeiter beschäftigt werden, war für sämtliche Personen ein Abort, natürlich ohne Dach, vorhanden, und was die Waunde betrifft, war dieselbe eher mit einem Schutze als mit einem Abort versehen. Die Gerüste sind wohl am besten im ganzen Bezirk; Wunden und Aborte lassen zu wünschen übrig. Unfallverhütungsvorschriften hängen auch nicht überall aus. In Norden waren von fünf Bauten zwei ziemlich in Ordnung. An dem Neubau von M. Ostfriesland waren die Dachdecken beschliffen. Nicht allein, daß das Schutzhölzer fehlte, sondern das einzige Gerüst, auf dem die Maurer zuletzt gearbeitet hatten, war nicht mal vollständig. Mit der Abdeckung sah es miserabel aus. Wunde und Abort waren auch nicht vorhanden. An dem Neubau von M. Norddecker-Chaussee, war auch keine Balkenlage abgedeckt, das Gerüst sah gefährlich aus. (Dieser Fall wurde zur Anzeige gebracht.) In W. waren bei zwei von vier kontrollirten Bauten die Wunden und Aborte in Ordnung, die Gerüste ließen überall zu wünschen übrig. Auch in Wilhelmsburg haben ist es noch mit dem Bauarbeiterzuschuß schlecht bestellt, da seinen Bestimmungen und Vorschriften für die Unternehmer überhaupt nicht vorhanden zu sein; in ganz schiefer Art und Weise wird dort stündlich das Leben und die Gesundheit der Arbeiter bedroht. Dort wird zum Beispiel Alles über Hand gemauert; unten am Bau sind die Arbeiter beschäftigt, Schutzhölzer sind nicht vorhanden; wie leicht passiert es, daß mal ein Stein u. dergl. von oben herunterfällt, was doch den Tod oder schwere Verletzung zur Folge hätte. Auch mit dem Abdecken, Balkenlagen und den Treppenhölzern sieht es ebenso aus. In Nordensham und W. ist es mit Allem mangelhaft bestellt. In der Unterwehserstraße ist es dasselbe; da steht es vom Unternehmer einfach: mehr Gerüstholz schaffe ich nicht an; wie es dann ausfällt auf Bau, kann sich Jeder vorstellen. Am Kanalbau baute ich wurde der betreffende Unternehmer aufmerksam gemacht, abzuhelfen; das hat nach der Meinung des Unternehmers nicht genügt. Es mußte erst ein Menschenleben geopfert werden, was eine Stunde Arbeitslohn verlohnt hätte. Wenden sind ja wohl auch Arbeiter genügend vorhanden. Nicht man nun in Betracht, daß erst vor kurzer Zeit, stellenweise sogar zweimal, von der Berufsvereinschaft in sämtlichen hier angeführten Orten kontrollirt worden war und noch alle hier angeführten Missethände vorhanden sind, so erlischt man, was wir von dieser Art Kontrolle zu erwarten haben und daß es Aufgabe der Bauarbeiter selbst ist, menschenwürdige Zustände im Verufe zu schaffen. Dazu gehören vor der Hand starke Organisationen, die noch vertriebenlich zu wünschen lassen, und Gründung von Bauarbeiterkommissionen, dann endlich werden die gerechten Forderungen der Bauarbeiter, die schon Jahrzehnte lang wirkungslos verhallen, zum Durchbruch gelangen. A. B.

Ausbeugung der Unternehmer. Ueber der Missethände der Bauarbeiter und „das Sinken der Löhne“ giebt in der Nr. 55 der „Baugewerkszeitung“ Oskar Hellwig über sonst ein „Offiziosus“ des Unternehmersverbandes folgende recht hervorzuheben Ansicht von sich. Nachdem zum soundsowen Male festgestellt worden, daß der Bauarbeiter kein rentables Unternehmen mehr sei und daß das Baugewerbe und alle Fabriken, die für dasselbe arbeiten, ihre Thätigkeit stark einschränken und Arbeiter entlassen müßten, folgt nachstehend wörtlich wiedergegebene Stimmungsnahe für Lohnherabsetzungen:

„Aus den Arbeiterentlassungen ergibt sich naturgemäß eine Herabsetzung der Löhne, denn die entlassenen Arbeiter bieten sich anderwärts zu niedrigeren Löhnen an. Nun hat zwar an und für sich das Baugewerbe kein Interesse an dem Herabgehen der Löhne, sondern nur an festen und stetigen Löhnen, mit welchen gerechnet werden kann; aber wenn bei den Nachbarn A, B. und C. für einen bestimmten Lohn gearbeitet wird, so kann der Nachbar D. nicht einen höheren Lohn zahlen, ohne konkurrenzunfähig zu werden. Er muß also wohl oder übel auch mit billigeren Löhnen rechnen. Daraus ergibt sich die große Schwierigkeit für denjenigen Arbeitgeber, welcher für eine bestimmte Zukunftzeit Lohnsätze mit seinen Arbeitern verabredet hat, diese Abmachungen inne zu halten. Er kann dies nur, wenn auch die Arbeiter sich nicht zu billigeren Löhnen bei seinem Konkurrenten anbieten. Darin wird die große Schwierigkeit liegen, vereinbarte Löhne für die Zukunft ausrecht zu erhalten, wobei die Arbeiter, das was sie bekommen müssen. (II) Das mag die Arbeitgeber aber immer wieder daran, daß sie niemals für eine lange Zeit voraus die Löhne vereinbaren können, und daß solche Vereinbarungen möglichst immer nur halbjährlich kurz vor der Sommerbauperiode, wo sich einigermaßen der Umfang der Bauthätigkeit absehen läßt, aber niemals für Jahre hinaus, wie dies hier und da geschehen ist. Wenn diese Löhne infolge vieler Uebel allgemein in die Höhe, so werden die Arbeiter, bezw. deren Organisationen, auch höhere Löhne trotz aller Abmachungen verlangen (??), und der Arbeitgeber hat kein Mittel, die Erfüllung der Verträge zu erzwingen. Steht sich aber längerer Arbeitsmangel ein, so sinken die Löhne, und der Arbeitgeber kann auf die Dauer die vereinbarten Löhne nicht zahlen (??), ohne sich zu ruinieren.“

Dies ist Eins und das Andere, aber etwas Genantes ist es nicht. Wir glauben aus der Unternehmer-Ausbeugung das Eine mit Sicherheit herausziehen zu dürfen, daß der Bund der Unternehmer auch dort gerne die Löhne herabsetzen möchte, wo er vertraglich gebunden ist; er möchte aber auch den Ansehlichkeit erweisen, als liege er von den Unternehmern, die dem „Bund“ nicht angehören, dazu gezwungen worden. Diesen „Zwang“ in die Wege zu leiten, dazu eignet sich der Auftrag in der „Baugewerks-Zig.“ ganz vorzüglich, und einen anderen Zweck kann er auch garnicht haben.

Wollte der Unternehmerbund den eingangs erwähnten Standpunkt, das Baugewerbe habe kein Interesse an dem Herabgehen der Löhne, sondern nur an festen und stetigen Löhnen, ehrlich vertreten, dann müßte der „Bund“ durch sein Bundesorgan bekräftigen und dafür Propaganda machen lassen: Herr Bauunternehmer Deutschlands! Die Baukonjunktur befindet sich im Niedergange, bald wird die Bauthätigkeit allerorts sehr stark eingeschränkt werden. Auch im nächsten Frühjahr und Sommer wird voraussichtlich das Baugewerbe lange nicht in der aus den letzten Jahren gewohnten Weise beschäftigt sein. Nach den bisher üblichen Gepflogenheiten ist jetzt für uns die Zeit gekommen, die Löhne der bei uns beschäftigten Arbeiter ganz erheblich zu kürzen. Diese aller Verunft und Moral in's Gesicht schlagende Injustiz konnte

sich nur deshalb bei uns einbringen, weil wir einflusslos genug waren, zu glauben, wir, die Unternehmer, hätten ein Interesse an dem Vergehen der Löhne. Günstiger Weise sind wir, wir meinen die Mehrzahl unserer Herren Kollegen, von dem Lohn geholt. Wir haben kein Interesse an dem Vergehen der Löhne, hört Ihr? ...

Das der Streik der Baugewerks-Bez. die tausend Mal wiederlegte Lüge von dem Nichtstun der Abmachungen seitens der Arbeiter bei steigenden Konjunkturen wieder aufzurufen, gehört wohl zum Sandwert im Scharfmaßeherger. Wahrscheinlich denkt man, die Lüge werde zur Wahrheit, wenn man das Gängemal recht oft und recht weit aufweist. ...

Ein ähnliches Geschehen, wie in der Baugewerks-Bez., leitete sich der Vorstand des Verband der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten in seinen neuesten Mitteilungen an die Verbandsmittglieder. Der Vorstand des Berliner Verbandes will aus „unabhängiger Quelle“ erfahren haben, dass schon vor einiger Zeit allein von der Denominierung der Arbeiterführer fast 1700 (fast) und 5000 zentralorganisierte Arbeiter ...

Die Verlängerung des Vertrages wird als ein „äußerstes Opfer“ der Unternehmer und nur dann als durchführbar hingestellt, wenn die Arbeiter den Stundenlohn als Normallohn, wie 1.3. vom Gewerbegebiet ausgeprochen wurde, anerkennen und aber sich verpflichten, feinstens bis in den Vertragszeitraum ...

Das Eine hat der Vorstand mit seiner Rundgebung sicher erreicht: es ist Niemand klug daraus geworden, ob er (der Vorstand) ist oder gegen die Vertragsverlängerung hat plädieren wollen. Uns will scheinen, so ganz frohgemut, wie sie sich den Anschein geben möchten, ist den Herren gänzlich um's Herz. ...

Der Streit im eigenen Lager. Der Streik Klausel ist ein neuer Bekämpfer entstanden, und zwar kein Geringerer als Kreisgerichtsrath Dr. Hübe, der langjährige Mitgliedschaft des Baugewerks-Bez. und seit einigen Jahren Ehrenmitglied des Innungsverbandes. ...

Der Nachwehen vom Wiesbadener Maurerstreik. Der Baugewerks-Bez. Otto Faber, der sich während des Streiks so herbortragend betheiligte, Italiener als Streikbrecher nach Wiesbaden zu ziehen, ist am 16. um 17. Oktober mit seiner Frau beschwunden. ...

nicht die Absicht, die Kleinen, die keinen Nutzen mehr holen können, aus der Kammität herauszuziehen. Die Großen freuen sich, wenn von den Kleinen einer nach dem Anderen verschwindet. Die Streikbrecher werden sich ihre eigenen Lohnverhältnisse aber hinter die Ohren schieben und sich in Zukunft lieber ihren irreführenden Kollegen anschließen. ...

Gefährlicher Ausflug. Aus Pforzheim wird uns geschrieben: Auf dem Bau Wörner & Bausche, Weichstraße, verhielte am 22. Oktober ein Maurer einen sogenannten „Steinbrecher“ zu injizieren, der aber recht böse Folgen nach sich zog. ...

Ans der Schweiz. Der Vorstand des schweizerischen Maurerverbandes hat sämtliche Unionen der Bauarbeitergewerkschaften der Schweiz eingeladen, Stellung zur Frage des Bauarbeiterstreikes zu nehmen und bei den kantonalen oder städtischen Behörden die Aufstellung einer Verordnung zur Verhütung von Unfällen auf Baustellen zu beantragen. ...

1. Im Interesse einer wirklichen Sicherheit für Leben und Gesundheit der Bauarbeiter ist überall auf Anstellung von Fachleuten als Inspektoren oder Kontrolleure zu bringen. 2. Ist überall darauf zu dringen, dass diese Beamten auch das Recht erhalten, Gerätematerialien zur Reparatur oder Vermeidung übergeben zu können, wenn der Unternehmer immerhin einer näher zu bestimmenden Zeit eine derartige Besichtigung der Kontrolleure nicht ausgeführt oder gar die beantragten Materialien doch wieder zum Gerüst in Verwendung hat geben lassen. ...

In Österreich ist es mit dem Bauarbeiterstreik genau so schlimm bestellt wie bei uns. Allein in Wien kamen im vorigen Jahre im Hochbau 4426 Unfälle mit 27 Todesfällen vor. Diese Zahlen entstanen dem Verichte des Gewerbeinspektors, und zu dessen Kenntniss gelangen nicht mal alle Unfälle; die eine Anzahl Verletzungen sind auf 88 Tage nach sich ziehen. ...

Lohnbewegungen und Streiks.

Maurer.

Angesperret sind resp. im Streit befinden sich die Kollegen in Guxum (Schleswig-Holstein), Friedland (Mecklenburg), Swinemünde (Pommern).

Sperren sind verhängt über die Bauten der Unternehmer Wurm, Wilhelm & Karl Häntig, Runkel in Neppen, Witt in Bromberg, Wietheke in Schwedt an der Oder, Otto Gulung in Düsseldorf-Reisholz, F. Krohn, C. Wähling, G. Gädgens, D. Preuß, J. Vargemann, W. Timm, J. Bornholt, G. Fißler, P. Volken und G. Witt in Darmstadt, Paul Wittner und Ferd. Hoffmann in Ahrensböck, Wülfel aus Münster in Kiel-Gaarden, Lorenz Schwarz II, P. Maschettl und Feinr. Faust in Nieder-Olm, Bilzing in Stade, Martini, Heels, Schöel, Willhöft, Ganten und Ulrich Schacht in Bargeheide, Wilkens & Wählert, Dahl, R. Wähning (Siebenaarbau) in Hamburg, Lappe in Franzburg, Bau Karlehütte bei Neudöbber, Petersdorf in Mendamm, Fuhrmann in Friedrichshagen. (Neubau Springenberg bei Ferner).

Zugang ist weiter fern zu halten wegen Differenzen mit den Unternehmern von Dresden, Kassel, Rieburg a. d. W., Braunschweig, Wittstock, Streitz-Neustreit, Herford, Wildeshausen (Odenburg), Halle a. d. S., Insel Worum und Wiesbaden.

Die Differenzen in Tangermünde, woselbst einige Kollegen gemäßigert wurden, was eine allgemeine Arbeitsüberlegung zur Folge hatte, sind dadurch beigelegt, dass die Unternehmer die Gehaltsfragen wieder einstellten, worauf die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgte.

In Swinemünde dürfte der Streik im Laufe dieser Woche beendet werden, da die Unternehmer zugegeben haben, den alten Lohn weiter zu zahlen (zum Streik ist es gekommen, weil die Unternehmer den Lohn um 5 1/2 pro Stunde reduzieren wollten) und die Zeit zu einer Lohnüberlegung nicht günstig ist. Aus Guxum wird berichtet, dass die Italiener den Ort verlassen haben und das sich auch sonst die Aussicht für die Streikenden gebessert hat. Es sind ihnen in Guxum selbst

Arbeiten übertragen worden und einige Streikende konnten auch in der Nachbarschaft untergebracht werden. Der endgültige Sieg wird auf Seiten unserer Kollegen sein.

In Wildeshausen, im Großherzogthum Oldenburg, zeigten die Unternehmer eine Klüftchen, den Stundenlohn um 2 1/2 zu reduzieren, wogegen sich unsere Kollegen einmüthig zur Wehre gesetzt haben. Es wird gebeten, den Zugang vorläufig fern zu halten.

Unsere Kollegen in Stade haben fortgesetzt mit dem Unternehmern Wälzing zu kämpfen gehabt; in letzter Zeit verlangte Wälzing von den ihm beschäftigten Maurern, sie sollten aus dem Verband austreten. 14 Nachkollegen sind dieser Aufforderung nachgegeben, während 10 Kollegen sich dessen widersetzen; diese wurden am 20. Oktober entlassen. Die treibende Kraft zu der Maßregelung soll Wälzing's Barler, Friedrich Sebastian, sein, der im Sommer von der Zahlstelle Stade ausgeschieden wurde. Ueber die Wälzing'schen Bauten ist die Sperre verhängt worden und wird gebeten, den Zugang streng fern zu halten.

Nach einer Sperre von zweitägiger Dauer sah der Unternehmer des Schulbaues in Grünau (Arbeitsgebiet Albershof-St. Ottenide) sich gezwungen, den bisherigen Lohn weiter zu zahlen.

Zu einer ArbeitsEinstellung kam es am Bau der Thalsperre bei Söllingen. 14 Maurer waren an den Gebäuden für die Maschinen zu beschäftigt und hatten sieben davon 50 1/2 und die Uebrigen zwischen 45 und 60 1/2 Stundenlohn. Nunmehr sollte der Lohn auf 48 1/2 reduziert werden. Der bisherige Barler wurde wegen Ansetzung des „zu hohen“ Lohnes entlassen, und einem von Offen herbeigeholten Barler wurde die Arbeit in Alford übergeben. Auch 120 italienische Gerabreiter und einige Maurer und Steinmetzen, die direkt an der Thalsperre arbeiten (Unternehmer ist Wähning-Hamburg), haben die Arbeit eingestellt, weil ihnen 2 1/2 Lohn pro Stunde abgezogen wurden.

Stuttareu.

In Differenzen resp. im Streit befinden sich die Kollegen in Berlin und Leipzig. Zugang ist fern zu halten.

Aus unserer Bewegung.

(Die Schriftführer werden ersucht, nur schmales Papier zu benutzen und dieses nur auf einer Seite zu beschreiben. Wird ein großer Kogen Papier benutzt, so soll man ihn nicht bloss durchbrechen, sondern gleich auseinanderbrechen, weil sonst gewöhnlich über die Bruchstelle auf beiden Seiten hinweggeschrieben und dadurch eine nachherige Trennung unmöglich wird. Versteht, die dieser Vorchrift nicht entsprechen, werden in Zukunft nicht berücksichtigt.)

Die Zahlstelle Wiesbaden hielt am 21. Oktober ihre regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Der Bevollmächtigte richtete zunächst an die Mitglieder das Ergehen, ihre Beiträge pünktlicher zu zahlen und nicht 9 bis 10 Wochen, was das oft der Fall sei mit demselben im Rückstand zu bleiben. ...

Die Zahlstelle Charlottenburg hielt am 16. Oktober eine Mitglieder-Versammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung erörte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Kollegen W. Schütz durch Erlesen von den Vätern. ...

Die Zahlstelle Charlottenburg hielt am 16. Oktober eine Mitglieder-Versammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung erörte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Kollegen W. Schütz durch Erlesen von den Vätern. ...

In der am 21. Oktober stattgehabten Mitglieder-Versammlung kamen Wünsche einiger Kollegen gegen die Vertragsbestimmungen zur Sprache. Die Kollegen Masche und Gohlisch ertheilten eine Mittheilung, einige andere Fälle wurden zurückgestellt. ...

Die Zahlstelle Dessau hielt am 13. Oktober eine sehr schön besuchte Mitglieder-Versammlung ab. Es war ungefahr der siebente Theil der Mitglieder anwesend. Der schwache Besuch wurde beklagt; ein Theil der Kollegen meinte, dass die Arbeitslosigkeit Schuld daran wäre, während Andere der grenzenlosen Arbeitslosigkeit die Schuld beimessten. ...

frevelt haben. Die Fälle mehren sich, daß Kollegen auf Inzerate eingegangen und nach Deffau gekommen sind und keine Arbeit erhalten konnten. Die Zastelle kann in diesen Fällen keine Unterstützung leisten. Die Kollegen sind hiermit gewarnt.

Die Zastelle Götting hielt am 12. Oktober eine Mitgliederversammlung ab, wozu die Kollegen durch Sammelzettel eingeladen worden waren. Im ersten Punkt der Tagesordnung referierte Kollege Reube über: „Die Bestimmungen des Arbeitgeberverbandes und die Organisation der Arbeiter.“ Sodann erstattete der Kassier den Kassienbericht. Einwendungen dagegen wurden nicht erhoben. Kollege Reube sagte die Laufzeit der Baubestellungen und Fortschreiten in Bezug auf die Erhebung der Beiträge, Verbreitung der Streikfondsmarken und die Mitgliederkontrolle; auch mußten die Betreffenden mehr Fühlung mit der Verwaltung behalten. Nachdem Kollege Wenz dann noch Einträge über die Wahl des Gesellenausschusses geäußert, erfolgte Schluß der Versammlung.

In Greifswald fand am 12. Oktober eine öffentliche Maurerverammlung statt, zu welcher als Referent Kollege Schauer aus Stettin erschienen war. Referent legte der Versammlung in verständlichen Worten klar, welchen Nutzen die Organisation bis jetzt schon gebracht habe. Leider könnten noch immer viele Arbeiter nicht begreifen, was ein echte Organisation zu bedeuten habe. Mehrere sprachen wörtlich über Unfälle, lange Arbeitszeit, schlechte Gerichte usw. Um alle diese Mängel zu beseitigen, sei die Organisation das einzige Mittel. Und darum müßten auch die Kollegen, die schon zu dieser Erkenntnis gekommen seien, immer wieder mit frischem Mut daran gehen, die noch fern stehenden Kollegen für die Organisation zu gewinnen. Die Ausführungen des Referenten fanden allseitig lebhaften Beifall. — Der neue, von der Kommission ausgearbeitete Bohrtarif wurde von dem Kollegen Böhm vorgetragen und bis auf kleine Veränderungen von der Versammlung angenommen. Mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband wurde die Versammlung geschlossen.

Am 12. Oktober hielt die Zastelle Grünberg ihre Generalversammlung ab. In derselben waren 24 Kollegen anwesend, wovon zwei neu eintraten. Nachdem der Kassier die Abrechnung vom 8. Quartal vorgelesen und die Revisoren dieselbe bestätigt hatten, wurde dem Kassier Decharge erteilt. Sarnack wurde zum Schriftführer der Jahresberichte vorgelesen. Sarnack zählte die Zastelle am Ende des letzten Quartals 85 Mitglieder gegen 61 im Vorjahre. Hierpon haben 9 die bis dahin fälligen Beiträge voll bezahlt, 17 Mitglieder schuldeten 1 und 2 Monate, und 9 Mitglieder restierten 3 Monate und mehr. Der Rückgang der Mitglieder ist auf die schlechte Baukonjunktur zurückzuführen. Die Geschäfte der Zastelle wurden in 9 Mitgliederversammlungen und einer Generalversammlung erledigt; außerdem fand noch eine öffentliche Versammlung statt. Die Mitgliederversammlungen waren durchweg mangelhaft, im Durchschnitt von 17 Kollegen, besucht. Zweimal mußten die Versammlungen wegen schlechten Wetters ausfallen und einmal wurde sie wegen zu spätem Anbruchens bei der Polizei infiziert. Die öffentliche Versammlung, in welcher Kollege Kups als Redner referierte, war von 48 Kollegen besucht. Die Einnahme für die Hauptkasse in der Zeit vom 1. Oktober 1899 bis 1. Oktober 1900 aus den wöchentlichen Beiträgen betrug M. 235,65. Die Einnahme für die Zastelle (20 p. Ct. der wöchentlichen Beiträge) betrug M. 69,10. An die Mitglieder wurden 1465 Beitragsmarken à 20 M. und 25 à 15 M. verabfolgt. Die Sammlung für den Streikfonds — die Verschüttung daran war eine sehr kleine — ergab eine Einnahme für die Hauptkasse von M. 65,76 und für die Zastelle von M. 16,44. Es wurden 260 Streikmarken à 20 M. und 802 à 10 M. an die Kollegen verteilt. An die Hauptkasse wurden in Summa M. 801,41 gelandt. Die Kasseneinnahme für die Zastelle beträgt M. 75,54. Der Stellenbestand vom vorigen Jahr betrug M. 60,70, in Summa M. 126,24. Dem gegenüber steht eine jährliche Ausgabe von M. 108,27. Der Stellenbestand betrug somit am 7. Oktober 1900 M. 19,97. Die Kasse nebst Wägern wurde von den Revisoren stufmal revidiert und für richtig befunden. Zur wesentlichen Schwächung unserer Zastelle trug die Verschüttung des Stiftungsgeldes bei, das letztere ergab ein Defizit von M. 24,10. Die am 15. Juli vorgenommene Baurevision ergab 84 Neu-, 110- und 110-Bauten mit daran beschäftigten 285 Gesellen und Parlieren und 67 Lehrlingen. Der Durchschnittslohn betrug 80 M. à 11 M. 85. Die zehnjährige Arbeitszeit wurde durchweg eingehalten. Da der beschriebene Vorfall, Kollege Wirt, 8 Jahre sein Amt verwaltet hat und dasselbe niedriger, so wurde nach längerer Debatte Kollege Paul Wahn, welcher ebenfalls 8 Jahre als Schriftführer fungiert hatte, zum Vorkandidaten und Kollege Wolf Fröhlich zum Kassier gewählt. Da kein Kollege das Amt eines Schriftführers annehmen wollte, wurde es dem Vorkandidaten übertragen. Außerdem wurden drei Revisoren gewählt. In „Verschiedenes“ wurden die Kollegen, die ihren Aufenthalt im Winter verändern, daran erinnert, ihre Absicht bei der Verwaltung abzugeben, damit ihnen während der arbeitslosen Zeit der „Grundstein“ zugesandt werden kann. Mit einer Ansprache an die Kollegen, tüchtig für den Verband zu agitieren und demselben neue Mitglieder zuzuführen, anfangt abzugeben wie es hier in Grünberg modern ist, wurde die Versammlung geschlossen.

Die Zastelle Güstebiese hielt am 14. Oktober ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Kollege Paul Winger aus Berlin hielt einen recht befallig aufgenommenen Vortrag über: „Die Wohlthätigkeit harter Arbeiterorganisationen.“ So lange die heutige sozialistische Richtung sich nicht mit der alle Unternehmerrationalität gegen die Arbeiter ausgesüßelt werden, muß die Arbeiterklasse nach Macht ringen, nur dann wird sie Recht erhalten. Die vom Hilfskassier vorgelesene Abrechnung wurde für richtig befunden und dem Vortragenden Decharge erteilt. Der Zastelle-Gewinn wurden M. 8 zum Bau eines Gemeindefaßhauses überwiesen. Der Kollege R. Wäge wurde als Mitglied aufgenommen. Nachdem der Gesellenverein „Wach auf“ einige Heber zum Vortrag gebracht, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf das Wissen und Gelingen des Verbandes und der Zastelle geschlossen. — Nun noch ein erstes Wort an die Kollegen, die selten oder nie die Versammlungen besuchen. In der letzten Versammlung waren wiederum von 80 Mitgliedern nur 85 anwesend. Durch diese Gure Faulheit und Gleichgültigkeit sind wir nun auch noch auf unser Versammlungs-Geld gekommen. In Hinblick auf die schlechte Verschüttung der Kollegen hat unser bisheriger Vereinswirt dem Drängen verschiedener „Arbeiterfreunde“ nachgegeben und uns das Lokal entzogen. Gatten die Kollegen die Versammlungen immer gut besucht und den Wirt auch sonst etwas unterstützt, dann wäre es gewiß nicht so weit gekommen. Was nun? Diese Frage

muß in der nächsten Zeit gelöst werden. Und Kollegen, wenn es uns gelingt, wieder ein Lokal zu erhalten, dann habt ihr alle Mann zur Stelle zu sein, damit eine imposante Versammlung zu Stande kommt. — Schließlich haben wir noch über ein kleines Volksfestliches zu berichten. Der Ortsvorsteher wollte unsere Versammlung nur für die in Güstebiese anfalligen Mitglieder gestatten. Im Falle der Nichtbefolgung seiner Anordnung drohte er mit Aufkündigung. Der Herr Vordam, der zur Überwachung der Versammlung beordert war, hat die Drohung nun zwar nicht wahr gemacht, dafür aber eine Anzeige verfaßt.

Am 11. und 18. Oktober beschäftigte sich die Zastelle Hamburg, wiederholt mit der Affordarbeit. Die Versammlung am 11. war aber so schwach besucht, daß von der örtlichen Verwaltung beantragt wurde, die Extraversammlung zum 18. nach Eltze einzuberufen. In Afford wurde gearbeitet bei den Unternehmern Neumann, Hegelberg, Sager, Papenburgerstraße; Eggert, Seibau, und Dabeght. Und nun nicht in jeder Versammlung sich mit der Affordarbeit zu beschäftigen, beantragte die örtliche Verwaltung, daß die Kollegen, die in Afford arbeiten, sich als ausgeschlossen betrachten sollten. Es benutzten nun einige Kollegen die Gelegenheit, in beiden Versammlungen, ihr bedrücktes Herz von einer schweren Last zu befreien, dieselben Kollegen, die in diesem Frühjahr eine einschneidende Wort mit für die Beteiligung der Affordarbeit gesprochen haben. Eine gewaltige Mißstimmung — so wurde etwa ausgeführt — sei seit langer Zeit unter den Kollegen vorherrschend; überall wo man auf der Straße mit arbeitslosen Kollegen zusammenstößt, sei heute eine vollständig andere Meinung über die Affordarbeit vorhanden. Jeder wünschte den Beschluß betreffs der Affordarbeit wieder beseitigt. Die heute vortretenden veränderten Meinungen dünnten der hiesigen Zastelle recht gefährlich werden. Sie wüßten vollständig ruiniert. Die Meisten Kollegen hätten damals diese Erklärung machen müssen, seien aber so vernünftig gewesen, frühzeitig den Beschluß aufzuheben. Vielmehr empfahl es sich, hier in Hamburg daselbe zu tun, mindestens müßte eine nothwendige Abstimmung per Stimmzettel vorgenommen werden, denn die öffentlichen Abstimmungen seien nicht einwandfrei, und Wähler möge nicht öffentlich seine Überzeugung zum Ausdruck bringen. — Dieser Ansicht wurde von anderer Seite einschließen entgegen getreten und als eine vollständig irrtümliche bekämpft. Die große Mißstimmung, die man aus den Kollegenreise aufmarschieren lasse, um dadurch den genannten Beschluß zu gerütteln, sei wohl vorhanden, habe aber in Wirklichkeit ihre Wurzel nicht in dem gefassten Beschluß, sondern sei resultiert vielmehr aus den momentanen schlechten Arbeitsverhältnissen. Daß die große Arbeitslosigkeit diese Mißstimmung herbeiführte, sei auch ganz erklärlich. Bei einer besseren Konjunktur würde ganz bestimmt, durch die Möglichkeit der „Abstrichung“ veranlaßt, eine gehobene Kampfstimmung vorherrschend sein. Wenn diese heute selbst, so sei das bedauerlich. Die Arbeitslosigkeit würde nicht verbessert durch die Affordarbeit, sondern noch verschlechtert; die Arbeitslosigkeit würde eine noch größere werden. — Eine Veranlassung, den Beschluß aufzuheben, liegt nicht vor, denn die Arbeitslosen und freiwillig Ausgetretenen seien an Zahl nur gering. Das Alles sagt abgetan würde, habe unendlich angenommen werden können. Die Abstimmungen in den früheren Versammlungen seien zwar öffentliche gewesen, aber in allen Versammlungen sei die Majorität erdrückend und gleichmäßig gewesen, so daß anzunehmen sei, eine geheime Abstimmung hätte dasselbe Resultat ergeben. Das jetzt schon, nachdem der Kampf kaum begonnen, eine Anzahl Mitglieder die Fronte zum Korn waren, sei sehr bedauerlich, sollten die Beschäftigten zur Wahrheit werden, könne noch immer eine andere Partei angewandt werden, vorläufig mangelte es vollständig an Beweisen. — Der Antrag der Verwaltung wurde mit großer Mehrheit angenommen. Es wurde dann noch nach kurzer Debatte in der Versammlung am 18. Oktober die Sperre über das Baugesetz für Kinder aufgehoben, da nichts mehr zu erreichen ersichtlich sei. Es schiene, als wenn in diesem Augenblicke die Termine vollständig unbeachtet gelassen würden, denn es seien circa 15 Mann von den „Arbeitswilligen“ entlassen worden.

In der am 10. Oktober von der Zastelle Kiel abgehaltenen Mitgliederversammlung ergab die vierteljährliche Abrechnung für die Hauptkasse eine Einnahme und Ausgabe von M. 2340,26. Die Ausgaben der Streikfonds von M. 2923. Die Zastelle besaß eine Einnahme von M. 2204,34, eine Ausgabe von M. 409,85, bleibt Kassensaldo M. 1794,49. Die Agitationskommission hat eine Einnahme von M. 90,49, eine Ausgabe von M. 28,60, bleibt Kassensaldo M. 61,89. Ein vom Hauptvorstand eingesandenes Schreiben, in welchem dem Kollegen Bohlsch Rechtschutz gewährt wird, kam zur Verlesung. Der Rechtschutz ist aber nicht mehr möglich, da die Verklagten sich bereit erklärten, M. 23 zu zahlen. Am 3. November wird ein Verbot im „Engländer Garten“ abgehalten. Der in der vorigen Versammlung gefasste Beschluß, nicht mit dem Partier Vos zusammenzutreten, wurde aufrecht erhalten.

Auf der Tagesordnung vom 16. Oktober hatten außerordentlichen Mitgliederversammlung fand die Angelegenheit Vos. Nach einer längeren Debatte erklärte Vos sich bereit, die von ihm angestrebte Beilegungslage gegen Polzsch zurückzunehmen und sämtliche Kosten in Summe von M. 68 zu zahlen, wenn der Beschluß, nicht mit ihm zusammen zu arbeiten, aufgehoben werde. Solches geschah; auch beschloß die Versammlung, Vos wieder als Mitglied anzunehmen.

Aus Konstanz wird berichtet: Die in letzter Zeit hier stattgefundenen Maurerverfassungen liefern den Beweis, daß die hiesigen Maurer recht einseitige Ansichten haben. Unsere Kollegen haben sich, nämlich von den Unternehmern und sonstigen „Gönnern“ der Arbeiterbewegung weis machen lassen, der Verband sei an dem gegenwärtigen schlechten Geschäftsgang schuld. Dies hat die Maurer so sehr eingeschüchtern, daß sie sich nicht getrauen, Versammlungen zu besuchen. Man sollte es kaum für möglich halten, daß am Ende des 19. Jahrhunderts noch solche rückwärtigen Ansichten bei Arbeitern einer nicht ganz kleinen Stadt Eingang finden. Arbeiter, die das ganze Jahr ihren Schwitz für Hungerlöhne opfern, lassen sich von ihren Ausbeutern erdrücken, sie setzen selbst schuld an den traurigen Zuständen. Man könnte darüber lachen, wenn es nicht gar so bedauernd für die Arbeiter wäre. — Kollegen, rafft Euch auf! Lebet den „Grundstein“ und besucht die Versammlungen. Seid Euch gegenseitig eine Stütze in der Agitation für die Ausbreitung und Festigung der Organisation. Durch unsere Organisation haben wir in diesem Frühjahr die zehnjährige Arbeitszeit erriegen, undwiewir-einzig-seit-zusammenstehen, werden wir auch noch mehr erreichen. Durch unsere Agitation haben wir

Mitgliedchaften unseres Verbandes entstehen sehen in Singen und Ueberlingen und nur wollten wir die Fichte ins Korn werfen? Nein und abermals nein! Kollegen! Seht Euren Mannesstolz daran, unsere Zastelle nicht nur hochzuhalten, sondern sie so zu stärken, daß wir baldigt weitere Erfolge erzielen können.

In Rehrin fand am 14. Oktober eine öffentliche Maurerverversammlung statt. Kollege Frisch-Berlin hielt einen lehrreichen Vortrag über die Maurerbewegung. Mehrere sprachen die Kollegen Bernau und Warth im Sinne des Referenten und forderten die im Verband organisierten Maurer auf, auch in politischer Beziehung ihre Pflicht als Arbeiter zu thun. Dazu gehörte auch, daß sie die „Brandens Btg.“, das Organ der sozialdemokratischen Partei im Kreise, abonnieren und lesen. Mit einem Hoch auf den Zentralverband der Maurer Deutschlands wurde die Versammlung geschlossen.

In München fand am 14. Oktober im Saale des „Hindl-Kellers“ eine öffentliche Maurerverversammlung statt, die beabsichtigte Weise nur mäßig besucht war. Der Vorsitzende des Verbandes, Kollege Bömelburg, hielt einen höchst interessanten Vortrag über das Thema: „Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit der Maurer Münchens und welche Stellung haben wir einzunehmen, um der zu erwartenden Lohnrückbildung vorzubeugen?“ Mehrere sprachen in trefflicher Weise, den Anwesenden die gegenwärtige, wenig tröstliche Lage im Baugewerbe vor Augen zu führen, dabei nicht unterschätzend, die bis vor kurzem noch herrschende Interessiertheit und Gleichgültigkeit der Münchener Kollegen gegenüber zu beurteilen. Als Redner vor sechs Jahren gelegentlich der Gründung der Zastelle zum ersten Male zu den Münchener Maurern-gesprochen, habe er geglaubt, daß in den folgenden Jahren in München eine rege Agitation einleiten würde, um die Organisation am Orte in die Höhe zu bringen. Dies sei jedoch nicht nur nicht eingetroffen, sondern das Gegenteil sei der Fall gewesen. Nothwendig wäre gewesen, daß man sich vor vier bis fünf Jahren ernsthaft mit der Frage beschäftigt hätte, wie die ungenügende Bauaktivität für die Maurer am Orte auszunutzen sei. Thatsächlich ist ja im Jahre 1898 eine Lohnforderung an die Unternehmer gestellt worden, aber dabei sei es geblieben. Die große Waffe fand es nicht für nothwendig, sich der Organisation anzuschließen. Im Gegenteil wurden die wenigen einschlägeren, anzuschließen Kollegen beschützt. Heute, nachdem es diesen kleinen Kaufleuten nun unsäglich nahe gelungen sei, die Masse zum Bewußtsein ihrer traurigen Lage zu bringen, seien wir vor die Alternative gestellt, Mittel und Wege zu suchen, um eine Verformierung der ohnehin schon völlig unzureichenden Löhne hinzuzufügen. Mehrere erläuterte dann eingehend die Ursachen der allgemein sich bemerkbar machenden Störung im Baugewerbe und schloß die Rede mit der Aufforderung, die Kritik, die oft allen Regeln der Kaufmanns widersprechende Mißwirtschaft und die hieraus resultierenden Bauumstände, die vielfach auf die überfallende Affordarbeit zurück zu führen sind, Mehrere widersprach bei dieser Gelegenheit der Behauptung, daß die meisten Unglücke einfließen, weil die Maurer zu viel dem Maßstab huldigen, sondern die herrschenden Mißstände seien Schuld, als da sind: Fehlen entsprechender Baubuden, Schuldbelastungen in den Wirtschaften, das damit zusammenhängende Zurückbleiben etc. — Er behauptete, daß die bayerische Regierung, die dieses Jahr Erhebungen über das Baugewerbe ausnahm, diesen Fragen nicht die gebührende Aufmerksamkeit schenkte, daß es ein anderes Mittel, als zweckentsprechende Untersuchungen für die Bauarbeiter zu schaffen, nicht gebe, um das Arbeitslosigkeitsgeheim zu beseitigen. Mehrere sprach des Referenten ausführlich die ungenügenden Löhne und die infolge dessen herrschenden traurigen Zustände unter den Maurern und deren Familien, und schloß mit dem Hinweis, daß solche traurigen Verhältnisse nur durch eine kräftige Organisation beseitigt werden können. Nur durch die Organisation wird es uns möglich sein, einen höheren Lohn zu erringen und eine Erhebung der Bezahlung hinan zu halten. Mit diesen Worten schloß Mehrere unter höchstem Beifall. Eine Diskussion fand infolge der vorgezeichneten Zeit nicht statt. Mit der Aufforderung, die Anwesenden möchten sich die Worte des Referenten zu Herzen nehmen und mit einem Hoch auf den Zentralverband der Maurer schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Die Zastelle Münster 5. Dieburg hielt am 7. Oktober ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab, welche von 88 Kollegen besucht war. Im ersten Punkt der Tagesordnung erfolgte die Abrechnung für das dritte Quartal. Einwendungen gegen die Kassierung wurden nicht erhoben; dem Kassier wurde Decharge erteilt. Die Revisoren Braun und Barth erstellten einen Jahresbericht, weil sie sich von der Kassierung gedrückt hatten. Beim letzten Punkt der Tagesordnung, „Verschiedenes“, erregten sich die Gemüther so sehr, daß sich der Bevollmächtigte genöthigt sah, die Versammlung zu schließen. Die Fortsetzung der Debatte fand in der Mitgliederversammlung am 21. Oktober statt. Nachdem einige interne Angelegenheiten geregelt waren, referierte Kollege Ernst Hüther über den Verlauf und die Beschäfte der Kreisversammlung in Offenbach. Dem folgte mit einem Hoch auf den Verband Schluß der von 80 Kollegen besuchten Versammlung.

Eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung fand in Neuhardenberg am 21. Oktober im Köppling'schen Lokale statt. Kollege Frisch-Berlin referierte über den wirtschaftlichen Kampf im Baugewerbe, wobei er auch die politische Situation in allgemeinen Umrissen zeichnete. Mehrere fand mit seinen Ausführungen ungenügender Beifall. Einige weitere Redner sprachen sich im gleichen Sinne aus und forderten die Anwesenden auf, sich auch politisch zu beschäftigen und die Bestrebungen der Sozialdemokratie mit ganzer Kraft zu unterstützen. Abgemacht wurde Kollege Wäger, der Bevollmächtigte unserer Zastelle, den Kollegen von Plaitow-Gulow eine kleine Beihilfe zum Bau ihres Gemeindefaßhauses zuzunehmen zu lassen. Dies wurde abgelehnt mit der Begründung, daß man erst ein Fundament setzen müsse; zudem müsse man sich in Neuhardenberg auch mit einem kleinen Häuschen befassen. Beschlossen wurde noch, am 10. November ein Landtagstages abzuhalten. Schließlich wurde noch für den neu erstandenen „Diskussion“ und Verlesung Propaganda gemacht. Kollege Frisch konnte noch konstatieren, daß die Wähler der Zastelle sich in musterhafter Ordnung befanden.

Die Mitgliederversammlung der Zastelle Neumann am 18. Oktober war infolge der am Orte herrschenden Arbeitslosigkeit, welche zwei Drittel der Arbeiter zwingt, außerfaß zu arbeiten, nur schwach besucht. Von den 88 am Orte zurück gebliebenen Kollegen ließen sich zwei wieder in den Verband aufnehmen. In Stelle des abgereisten Kollegen Vos wurde Kollege G. Carstens als Schriftführer gewählt. In einer

früheren-Versammlung war beschloffen worden, daß der von der Bahnhofs-Verwaltung beauftragte Streifenbeitrag bis zum 1. Oktober entrichtet sein müßte. Später wurde die Frist bis auf den 16. Oktober verlängert. Eine Anzahl Mitglieder ist diesem Beschluß nicht beigetreten und weigert sich sogar überhaupt zu zahlen. Die Verwaltung beschloß daher, diese Mitglieder auszuscheiden. Es sind dies: H. Sieberz, Langbehn, H. Stöbing, Wernitz, Voigt, O. Straßens, S. Witt, W. Lütberg, C. Koch, D. Dolato, Carl Wöll, S. Wahnjen, W. Heisch. Einige andere Mitglieder, die ebenfalls keinen Streifenbeitrag entrichtet hatten, weil sie Familienverhältnisse halber dazu nicht in der Lage waren, erklärten, denselben nachträglich entrichten zu wollen. Für diese wurde die Frist bis zum 1. Dezember verlängert, wenn sie bis dahin nicht bezahlet, gelten auch sie als ausgeschieden.

In der am 17. d. M. abgehaltenen Versammlung der Bahnhofs-Verwaltung wurden zuerst die geschäftlichen Sachen erledigt. Dann verlas der Kassierer die Abrechnung vom letzten Quartal. Nachdem die Revisionen der Abrechnung vorgelesen wurden, wurde dem Kassierer die Decharge erteilt. Kollege Schormann feierte in kurzer, gebührender Rede das Andenken unseres großen Vorkämpfers Wilhelm Niehoff. Die Mitglieder erklärten das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Sitzen. Kollege Niehoff giebt die Einsendung der Prospektur bekannt, deren Annahme Kollege Schormann empfiehlt und zugleich die Ereignisse in unserer Partei seit 1897 bis jetzt schildert. Es wird beschlossen, ein Exemplar der hiesigen Lokalblätter einzureichen. Hierauf spricht Kollege Schormann über die gewerkschaftliche Organisation, hauptsächlich zog er die hiesigen Verhältnisse an. Diese Ausführungen wurden durch lebhaften Beifall belohnt. Kollege Carow beantragte diesen Situationsbericht in „Grundstein“ bekannt zu machen und zugleich vor Jussus nach Nordern zu warnen, da hier noch viele verarbeitete Kollegen arbeitslos sind. Der Bevollmächtigte, Kollege Fintel, verliest einen Brief des Zentralvorstandes, betreffend die Herbstkonferenz, und meint, es wäre wohl besser, für diesen Herbst die Abhaltung der Konferenz zu unterlassen. Kollege Schormann schließt sich den Ausführungen des Kollegen Fintel an. Kollege Fintel tadelt das Verhalten der Mitglieder in den Versammlungen, weil verschiedene Mitglieder eben nach Eröffnung der Versammlung das Lokal verlassen und niemals dem Verlaufe der Verhandlungen folgen. Die regelmäßigen Versammlungen werden von nun an alle 14 Tage stattfinden.

Am Sonntag, den 14. Oktober, hielten die Bahnhofs-Verwaltung und Arbeiter eine öffentliche Versammlung ab. Als Referent war Kollege Kauf-Terow erschienen, welcher über die Entlohnung und Verbreitung unseres Verbandes sprach. Daß die gut besuchte Versammlung mit den Ausführungen des Referenten einverstanden war, bezeugte der ausgiebige Beifall. Die Bahnhofs-Verwaltung wird wieder einen derartigen Vortrag zu hören.

In der Mitglieder-Versammlung der Bahnhofs-Verwaltung am 18. Oktober wurde vor Eintritt in die Tagesordnung das Ablesen des Kollegen J. Hönig in der nächsten Weise gelehrt. Soham gab der Kassierer den Kassierbericht, dessen Wichtigkeit durch die Revisionen bestätigt wurde. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. In einem 7-minütigen Vortrage legte hierauf Kollege Gante-Berlin den Bericht gewerkschaftlicher und politischer Organisationen vor. Den Bericht der Lohnkommission erstattete Kollege Kuhn. Er führte aus, daß die Unternehmer die Forderung der Gehälter: 5-minütige Arbeitszeit und 50 A Stundenlohn abgelehnt hätten, mit der Begründung, die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse gestatten es nicht, eine solche Minderung in den Lohn- und Arbeitsverhältnissen vorzunehmen. Da dieses eine kurze fünfminütige Sitzung sei, so ließe den Gehältern nichts Anderes übrig, als die Zeit abzuwarten, welche für die Durchführung der Forderung mittels Streik günstig ersehe.

Aus Rheyls wird uns geschrieben: Zum Sonntag, den 21. Oktober, war von den „christlichen“ Gewerkschaften eine öffentliche Bauhandwerker-Versammlung nach Hohnekirchen einberufen worden. Als Referent war ein gewisser Johann Struder, Angehöriger des „christlichen Bauarbeiterverbandes von Rheyl“, angegeben, welcher auch die Mitglieder unseres Verbandes persönlich zu der Versammlung eingeladen hatte. Als nun unsere Mitglieder sich um 5 Uhr mit dem Kollegen Reicha an der Spitze in der Versammlung einfanden, hatten die Leiter derselben nichts Gütigeres zu thun, als zu ihrem Kaplan zu laufen und ihn zu bitten, er möge sich ebenfalls zu der Versammlung einfinden oder doch wenigstens einen Maß geben, wie die Verhandlungsmittel aus dem Lokal wieder herauszubringen seien. Der Herr Kaplan zog es vor, selbst in der Versammlung zu erscheinen. Sein erstes Wort war, einigen Mädchen, die von ihren Vätern in die Versammlung genommen worden waren, das Lokal zu verweilen. Er behauptete, dies sei eine Arbeiter-Verbandsversammlung und in dieser hätten junge Mädchen nichts zu suchen. Dann hielt der Herr Kaplan eine Rede, die hauptsächlich an uns gerichtet war und ungefähr den Sinn hatte, daß ein Versehen bezüglich der Einberufung der Versammlung vorliege, es sei dies keine öffentliche, sondern eine Generalversammlung des katholischen Arbeitervereins und diejenigen, die keine Einladungs-Karten hätten, müßten den Saal verlassen, könnten aber ihre 10 A an der Kasse wieder zurückbekommen. Er würde sich aber sehr freuen, uns in einer anderen Versammlung wiederzusehen, er würde seinen politischen Gegner einmal seinen Standpunkt klar machen und die Ägen, die von ihren Betreibern in die Welt gesetzt würden, radikal zerbrechen. Auf diese Weise wurden wir zur Thür hinauskomplimentiert. Das Schönste an der ganzen Sache aber ist, daß wir mit dem „christlichen“ Verein auf ganz freundschaftlichem Fuße stehen und von dem letzteren sogar der Vorschlag gemacht wurde, die Versammlungen gemeinschaftlich stattfinden zu lassen, was unerwartet aber abgelehnt wurde. Aus diesem Vorgang sieht man wieder einmal, was auf die Freundschaft und die Duldsamkeit der Vertreter der christlichen Liebe zu geben ist.

Aus Rheyls wird uns geschrieben: Schon lange Zeit war in den Lokaltreffen der Wunsch rege, eine Bahnhofs-Verwaltung in's Leben zu rufen. Jetzt ist dieser Wunsch zur Wirklichkeit geworden. Einige Kollegen, welche bereits Mitglieder des Verbandes waren, haben die Bahnhofs-Verwaltung in's Leben gerufen. Am 29. September fand hier die erste Agitationsversammlung statt, in welcher Kollege Mittag als Referent einen Vortrag hielt. Der Referent bemachte es, die Kollegen davon zu überzeugen, daß durch Einigkeit und Solidarität manches Uebel vermieden und abgefohlen werden könne. Sie beschloffen darauf eine Bahnhofs-Verwaltung zu gründen und 24 Kollegen erklärten sich sofort zum Beitritt bereit. In der

ersten Verbandsversammlung, die am 7. Oktober stattfand, hielt Kollege Winderbeere einen Vortrag und ermunterte die Kollegen, dem Verbands-Verein zu bleiben und für die Weiterentwicklung der Bahnhofs-Verwaltung zu sorgen. In die Verwaltung wurden gewählt: Franz Wille als Bevollmächtigter und Herrn Schönfeld als Kassierer. Hoffen und wünschen wir, daß die neue Bahnhofs-Verwaltung bald ein tüchtiges Glied in dem großen Verbande werde, damit die Kollegen, hauptsächlich die Bagaffaten, erfahren, daß sie gestützt auf ihn, gegen Unternehmervillwäre und Brutalität geschützt sind.

Aus Stade schreibt man uns: Wenn man sich fragt: Soll man mit Männern oder Kindern zu thun? dann muß man uns willkürlich zu der Annahme gelangen, daß das Letztere der Fall ist. Kommt da ein Meister her und sagt zu seinen Gefellen: „Hört mal, wenn Ihr aus dem Verbands-Verbande austretet, habt Ihr den ganzen Winter bei mir Arbeit.“ Er hatte damit wirklich Glück! Es hielten 14 von diesen Nachfolgern herein; 10 Kollegen mußten, weil sie dem Annehmen keine Folge gaben, reisen. Ein Kollege hatte den Meister beklagt wegen Kündigung. Kommt die gekommene Kolonne mit ihrem Meister nach dem Rathhause marschirt und behauptet dann, daß keine Kündigung besteht. Nachher gingen diese schwereren Nachkömmlinge mit ihrem lieben Meister ins Bierhaus, um sich mit Grog und anderen Getränken zu betrinken zu lassen. Wenn sie bloß ein bißchen nachdenken, müßten, dann müßten sie sich fragen: Galt, das Ding hat einen Saft! Aber leider ist dies nicht der Fall. Wie oft ist es gesagt und geschrieben worden, daß sich die Meister von Stade auch dem Arbeiterverband angeschlossen haben und nun tunen, wie sie die Arbeiterorganisationen an leichten bei Seite schaffen können, um dann ungehört ihre Ausbeutungskunst auszuführen. Aber, Kollegen, die wir noch einig sind darin, daß wir nur durch die Organisation unsere wirtschaftliche Lage verbessern können, wir wollen und müssen nunmehr viel mühtiger auftreten, als wir es bisher gethan haben. Dem bekennt wohl, es ist schon direkt von einigen Meistern ausgesprochen worden, daß Klassenlöcher eingeführt werden müßten. Was dieses bedeutet, wird wohl Jeder wissen. Wir sind überzeugt, die 14 Mann, die aus Stade zu ihrem Meister von uns abgefallen sind, werden ihren Meister noch schwer bereuen. Ferner ist den Kollegen noch zu empfehlen, da doch die Verhältnisse hier so liegen, daß der Arbeiterdiesel kein Lokal zur Verfügung steht, daß sie die Mitgliedschaft von Wilsdachs, Hölzerstraße, bejuchen. Dasselbe gilt auch für die zugewanderten Kollegen. Am Sonntag, den 4. November, Nachmittags 4 Uhr, findet in Schöllsch ein Versammlung statt, in welcher näher über die Sperre von Wiking verhandelt wird. Alle Kollegen müssen am Plage sein.

In Stettin tagte am 17. Oktober die regelmäßige Mitglieder-Versammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde in erhabener Weise des verstorbenen Kollegen Wehnitz gedacht. Der Vorsitzende rügte sodann den schlechten Verlauf der Versammlung, trotzdem die Kollegen durch Sanftseligkeit eingeladen worden sind und die Tagesordnung eine wichtige ist. Die Manier Stettins sollte doch endlich den Geist der Situation erkennen lernen, da die Arbeitgeber nur darauf sinnen, die guten Rechte der Arbeiter zu beseitigen. Die Kollegen werden es einst an eigenen Leiden berühren, aber dann wird es zu spät sein. Darum, Maurer Stettins, seid auf dem Posten, zeigt dem Unternehmern, daß Jhr Männer seid! Hierauf verlas der Streifenkassierer die Abrechnung vom dritten Quartal. Einnahme für die Hauptkassette A. 8608,10, für die Lokalkassette A. 2181,11, Ausgabe M. 961,97, bleibt ein Bestand von M. 11689,14. Die Abrechnung wurde von den Revisoren bestätigt. Die Abrechnung der Verbandskassette konnte nicht stattfinden, da von den drei Revisoren nur einer erschienen war. An Stelle der nicht erschienenen Revisoren wurden die Kollegen Wilhelm Kühle und Hermann Stotow gewählt. Eine nicht so gut genug zur Verfügung stehende Nachhilfsliste betreffs des Ablesens der Sammellisten zum Streifenlohn hat in diesem Jahre Platz gegriffen. Schon seit April setzen Ästen aus und sind die Kollegen trotz wiederholter Aufforderung nicht zu bewegen, dieselben abzuliefern. Ein Antrag des Kollegen Wügel, die Namen der Betreffenden durch Ausklangen im Verbandslokal öffentlich bekannt zu geben, wurde angenommen. Des Weiteren wurden den Maßverleihen Stettin und Rando-Greifengagen je M. 150 zu den bevorstehenden Wahlen bewilligt. Ueber die Wahlen und Abwahl einiger Arbeitgeber wird wieder einmal lebhaft Klage geführt, insbesondere soll sich der Abort auf dem Neubau des Unternehmers Arnold Baack in der Wierkeallee in allerhöchstem Zustande befinden. Es soll deshalb ein Schreiben an den Arbeitgeber und gerichtet werden, um von dieser Seite Abhilfe zu schaffen. Alsdann hielt Gerolts Faber einen mit Beifall aufgenommenen interessanten Vortrag über: „Die Streikvereine des Grafen Rodowowsky.“ Leider haben die Kollegen für derartige lehrreiche Vorträge wenig Verständnis, sonst müßten die Versammlungen viel besser besucht sein.

Am Sonntag, den 14. Oktober, tagte in Bielefeld eine öffentliche Bauhandwerker-Versammlung, welche auch von anderen Berufsweigen gut besucht war. In gespannter Aufmerksamkeit folgten die Anwesenden den Ausführungen des Maurer Georg Wolff aus Berlin, der einen Vortrag über das Thema: „Was lehrt uns die Unternehmervorgeschichte?“ hielt. In recht interessanter Weise schilderte er die Geschichtsbilder von Einst bis Jetzt, kam insbesondere auf den Verbandsstand der Unternehmervorgeschichte und die Streitkassette, die Arbeiter-Vorgeschichte und das unmarfliche Prohibieren zu sprechen. Er suchte der Arbeiter-Vorgeschichte es klar zu machen, daß selbst bei ungünstiger Konjunktur nur einig und allein eine gute Organisation nützlich sei. Die Arbeiter müßten stets Solidarität üben und ihren Streikstimm abtreiben, denn durch zielloses Treiben lasse sich dem Unternehmern nichts abtrogen.

Stuttartener.

Berlin. Die Stuttartener hielten am 22. Oktober eine Filialversammlung ab. Der Vertrauensmann, Kollege Dackhoff, berichtete über das Endresultat der Tarifverhandlungen, die von der aus Arbeitern und Unternehmern gebildeten Kommission gepflogen worden sind. Die wesentlichen Punkte des ausgearbeiteten Tarifs sind folgende: In Afford wird nicht gearbeitet. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 8 Stunden. Es wird ein einheitlicher Lohn gezahlt und zwar für Arbeiter und Zugarbeiter M. 7,50, für Formier, Zieher und Zusammen-schneider M. 5,50, für Gießer M. 4,50 pro Tag. Die übrigen Punkte sind von geringerer Bedeutung. Sie regeln die Frage der Geldvergütung, Zuschläge für auswärtige Arbeiten und Lieber-

stunden, Wauuben usw. Der Tarif unterlag nunmehr der Beschlußfassung der Versammlung. Eine längere Debatte entspann sich über die Lohnsätze. Die meisten Redner waren gegen die im Tarif angeführten Einheitslöhne, mit der Begründung, daß zwar der bisher geltende Tarif für Bauhandwerker einen Minimallohn von M. 7 festsetze, in den meisten Fällen aber ein Tagelohn von M. 8 und noch höher gezahlt werde. Die Festlegung eines Einheitslohnes von M. 7,50 bedeutete also für die meisten Kollegen, namentlich für die Zugarbeiter, eine Verschlechterung. Diese Einwände erkannte auch Dackhoff als zureichend an, er führte aber an, daß bei schlechterer Konjunktur die Unterthmer nicht mehr als den jetzigen Minimallohn zahlen würden, während sie nach Annahme des neuen Tarifs nicht unter M. 7,50 zahlen dürften. Man möge nicht vergessen, daß höhere Löhne jetzt nur aus Anlaß des guten Geschäftsganges gezahlt würden. Aus diesem Grund hätten auch die Kommissionmitglieder den neuen Lohnsatz genehmigt. Die anwesenden Werkstattdarbeiter widersprachen ebenfalls der Festlegung der Einheitslöhne von M. 5,50, beziehungsweise M. 4,50, da in diesen Fällen höhere Löhne gezahlt werden. Wenn einmal einheitliche Löhne eingeführt werden sollen, dann lie nicht einzuführen, weshalb die Werkstattdarbeiter nicht den Bauarbeitern gleichgestellt werden. Die Versammlung lehnte die Einheitslöhne für alle Kategorien ab und beschloß, die Minimallöhne des bisherigen Tarifs bestehen zu lassen. Die übrigen Bestimmungen des neuen Tarifs wurden angenommen mit der Maßgabe, daß derselbe nicht auf ein Jahr, sondern bis zum 1. April 1901 Geltung haben solle. In „Gewerkschaftliches“ beauftragt die Versammlung, den Stuttarter August Sens, Buchnummer 708, auf zwei Jahre aus dem Verbands-Ausschuß auszuscheiden, weil er bei einer gesparten Firma gearbeitet hat, trotzdem er vorher Streik gelb bezogen hatte. Der Stuttarter Gustav Bungen wurde laut Beschluß wieder in den Verband aufgenommen.

Dresden. In der am 18. Oktober stattgefundenen Versammlung erstattete der Bevollmächtigte Bericht über das dritte Quartal und das abgelaufene Geschäftsjahr. Die Einnahme Juli-September betrug insgesamt M. 281,80, davon für die Hauptkassette M. 174,87. Das Filialvermögen betrug am 1. Oktober M. 585,98, die Mitgliedszahl 189. Der Vertrauensmann hat im gleichen Quartal eine Einnahme von M. 281,80 für den Streifenlohn, derselbe beträgt am 1. Oktober M. 1621,54. Gegen das Geschäftsjahr 1898/99 ist für den Streifenlohn leider eine Mindereinnahme von circa M. 400 zu verzeichnen, was zum Teil der verringerten Arbeitszeit im letzten Jahre zu zuschreiben ist. Leider war auch die Verwaltung in der unangenehmen Lage, den Ausschluß von acht Mitgliedern wegen restierender Beiträge zu beantragen; die Versammlung beschloß demgemäß und ließ die Statuten Anton Blegel, Gollini, Händler, Gerold, Heinel, Tenz, Tomische und Zimmermann nicht mehr als Mitglieder zu betrachten. Die Revisoren befragten die Wichtigkeit von Abrechnung, Markenbestand und Kasse. Die vorgenommenen Reumaß ergab die einstufige Markendrohung des Bevollmächtigten Hugo Schiele, Altenstraße 8, E. L., und des Vertrauensmannes Max Claus, Hofenauerstraße 81, 6. E. Die Arbeitszeitverweigerung bleibt in ihrer bisherigen Zusammenfassung und tagt nach wie vor Abends von 7-8 Uhr im „Restaurant „Dauubörse“, Galeriestraße. In „Gewerkschaftliches“ entspann sich noch eine längere heftige Debatte über die Taktik der Gewerkschaft am Orte. Das Vorgehen der Berliner und Leipziger Kollegen wird als unzulänglich hingestellt und den Dresdener Kollegen im Allgemeinen eine nicht zu unterschätzende Nachhilfsliste vorgelesen, die es nicht erlaube, jetzt, analog den Leipziger Kollegen, energig Stellung zur Forderung zu nehmen. Die Redner erstellten eine lebhaftere Debatte über die Versammlung, betreffend Stellungnahme zum Verbandslage, und erbot sich der Vertrauensmann, zur nächsten Versammlung die Kollegen schriftlich einzuladen, die Tagesordnung des Verbandsstages zur Debatte zu stellen und eventuell einen Referenten zu befragen. Darauf Schluß der schwach besuchten aber interessanten Versammlung.

Düsseldorf. Am Sonntag, den 21. Oktober, fand im Vereinslokal die regelmäßige Mitglieder-Versammlung statt. Es war noch ein Bezirkskassierer zu wählen, den Posten übernahm der Kollege Muttermann freiwillig. Es wurde dann über das Einkassieren der Beiträge diskutiert, und es wurde beschlossen, daß die Bezirkskassierer nur an solchen Sonntagen einstraffen sollen, an welchen keine Versammlung stattfindet. Auch sind die Bezirkskassierer nur berechtigt, den „Grundstein“ den Mitgliedern an Nichtversammlungenstagen auszugeben, an solchen Sonntagen, wo Versammlungen stattfinden, sind die Mitglieder verpflichtet, in den Versammlungen zu erscheinen. Der Vorsitzende befragt sich über die samstäglichen Mitglieder. Er sieht nur Fische und Stühle vor sich, aber keine Mitglieder. Es war doch bald an der Zeit, meint er, daß die Düsseldorf-Statuten und Pflasterer etwas mehr Interesse für ihre Organisation zeigten. Dann machte Kollege Seifhimer bekannt, daß die organisierten Arbeiter Düsseldorf's endlich ein eigenes Heim in Gestalt eines Gewerkschaftshauses besitzen, es sei Pflicht der Kollegen, dieses mit voller Kraft zu unterstützen. Von jetzt ab wird die Reifeunterstützung im Gewerkschaftshaus, Bergerstraße 8, ausgezahlt, auch kann dortselbst übernachtet werden. Sodann wird beschlossen, die Namen der länger als ein Viertel Jahr rückständigen Mitglieder in den Versammlungen bekannt zu geben. Hierdurch sollen hauptsächlich diejenigen getroffen werden, die sich fortwährend mit ihrer Mitgliedschaft brühen und dabei in einem halben Jahre keine Beiträge mehr bezahlt haben.

Frankfurt a. M. In der am 16. Oktober abgehaltenen Mitglieder-Versammlung stand als erster Punkt auf Tagesordnung: Abrechnung vom 2. und 3. Quartal, wobei sich folgendes Resultat ergab: Es wurden verzinnt für verkaufte Marken à 20 A M. 456,20, für 10 A-Marken M. 81,80, für 50 A-Marken M. 12, Quartalsteuermarken à 10 A M. 16,50. Summa M. 616,50. Davon sind an die Hauptkassette 65 pSt abzuführen = M. 245,70. Ausgegeben wurden für Rechnung der Hauptkassette: für Agitation M. 98,25, für Reklamenterstützung M. 88,25, Mantelbogen M. 10,38. Zusammen M. 196,83. Es blieben an die Hauptkassette abzuführen M. 148,87. Die Filiale hatte am Schluß des vorhergehenden Quartals ein Vermögen von M. 291,98, dazu kamen als Einnahme für das 2. und 3. Quartal 85 pSt. von den Beiträgen = M. 170,80, an Streifenlohnbeiträgen M. 404,70, sonstige Einnahme M. 108. Summa M. 1075,43. Die Ausgabe betrug M. 188,80, so daß also ein Filialvermögen von M. 988,63 resultiert, wovon M. 900 auf der Sparkasse zinsbringend angelegt sind. In „Verständens“ stellte der Vorsitzende mit, daß am 6. November der erste Vor-sitzende des Verbandes, Kollege Denshal, am Orte erschienen wird, um in einer öffentlichen Stuttartener-Versammlung einen

Vortrag zu halten. Die Kollegen werden ersucht, für diese Versammlung lebhaft Propaganda zu machen.

Am 21. Okt. Am Sonntag, den 21. Oktober, hielten die Statuten des Vereins eine Generalversammlung ab. Im ersten Punkt der Tagesordnung: „Antrag vom 8. Quartal“, wurde auf Antrag der Delegierten dem Kassierer Dehmer erklärt. Zum zweiten Punkt: „Gewerkschaftsfrage“, wurde zunächst über das Verhältniß Brunn und Baumann verhandelt. Es hat sich herausgestellt, daß die Kollegen, welche bei Brunn und Baumann die Arbeit niederlegen, den künftigen größeren Geschäften gemäß geregelt werden. Die Generalversammlung hat daher die Lohnkommission beauftragt, mit den vereinigten Statutenrevisoren betreffs der Abregelung in Verhandlung zu treten. Es muß von Seiten der Prinzipale der Lohnkommission die Erklärung abgegeben werden, die Abregelung unserer Kollegen aufzuheben, anderenfalls wird eine öffentliche Versammlung beschließen, wie wir uns gegen dieses Vorgehen zu verhalten haben. Im Punkt: „Vorschläge zu einer neuen Lohnkommission“, erklärte sich die neu vorgeschlagene Kommission bereit, falls sie in der nächsten öffentlichen Versammlung gewählt werde, das Amt anzunehmen. Im Punkt „Verschiedenes“ legte der Vorsitzende den Kollegen noch einmal an's Herz, den Arbeitsnachweis besser zu benutzen als bisher. Verschiedene Kollegen bemängelten sich schon um andere Arbeit, während sie noch in voller Arbeit sind. Dadurch würden die Kollegen, welche die Zutreffen des Arbeitsnachweises hochhalten, sehr geschädigt.

Am Mittwoch, den 24. Oktober, fand eine öffentliche Versammlung der Statutenrevisoren statt, welche sehr stark besucht war. Nachdem unsere Lohnkommission mit den vereinigten Statutenrevisoren Rücksprache genommen hatte, betrieß der schwarze Liste, erklärten sich die Unternehmer bereit, die schwarze Liste aufzuheben und die Gewerkschaften wieder zu beschäftigen, sofern Arbeit für sie da wäre. Mit dieser Antwort konnte sich die Versammlung nicht einverstanden erklären. Es wurde der Antrag gestellt, die Statutenrevisoren aufzufordern, zu erklären: daß sie die dem Lohnstarke gegenüberstehenden und nach § 168 der Reichsgewerkschaftsordnung ungesetzliche Abregelung unverzüglich zurückzunehmen und sich bereit zu erklären haben, die sieben Entlassenen zu jeder Zeit, wenn Arbeitslosigkeit vorhanden ist, einzustellen. Falls die Unternehmer diese Erklärung bis Samstag, den 27. Oktober, nicht abgeben und die von den Gewerkschaften noch möglich Gehenden nicht eingestellt sind, behält sich die Versammlung weitere Schritte vor. Dann hielt Genosse Wisbach eine feine Ansprache und forderte die Kollegen zu unerschütterlichem Zusammenhalten auf.

Eine zweite öffentliche Versammlung fand am 27. Oktober statt. Es wurde das Schreiben der Meißenervereinigung vorgelesen, worin wir ersucht wurden, bis Sonntag Morgen mit den Prinzipalen noch einmal mündlich zusammen zu treten. Da aber schon vorher die Meißer erklärt hatten, die Gewerkschaften bis Montag einzustellen, wurde die Sperre über die Geschäfte Brunn und Baumann aufgehoben.

Wosen. Am Dienstag, den 16. Oktober, hielt die hiesige Filiale ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Da nur 18 Mitglieder anwesend waren, konnte über den Antrag vom 4. September betreffs Aufstellung eines Winterbergnachweises nicht beschlossen werden. Es wurde mitgeteilt, daß der Vorstand dem Antrag nur dann zustimmen, wenn wenigstens 20 Mitglieder dafür sind und jedes Mitglied M. 2 garantiert. Ferner wurde bekannt gemacht, daß die Firma Speltzweil die zehnjährige Arbeitszeit eingeführt hat und der dort früher tätige Kollege Wronowski unter diesen Bedingungen weiter arbeitet. Ferner wurde bekannt gemacht, daß die Firma der Niederlegung der Arbeit bei genannter Firma betreffs der zehnjährigen Arbeitszeit auch nicht ein Kollege unterzeichnet ist, welcher um Arbeit angefragt hätte, so daß die Firma jetzt selber kam. Weiter wurde der Versammlung mitgeteilt, daß ein angesehener Mitglied, welches der Verein nicht entbehren möchte, mit den Beiträgen sechs Monate im Rückstande ist, und an Versammlungen in letzter Zeit nicht teil nimmt, mit der Absicht, ausgeschlossen zu werden. Es wurde beschlossen, nochmals zu mahnen mit einer diergezügten Frist, eine weitere Schritte gefasst werden. Der Müllersplatz wegen wurden die Kollegen Bolare, Sornz und Otto gefristet, dagegen als Mitglieder sind dem Verein beigetreten: Bujaliewski, Dzielan, Pugowski und Jachowski. Auch ist an Stelle des früheren Kassierers, Kollegen Fradomski, der Kollege St. Malinski gewählt worden. Es wurde betont, den Kollegen Malinski, welcher zur Zeit in Dresden sein soll, anzuregen, er möchte seinen Pflichten der Filiale gegenüber nachkommen. Nachdem die Revisoren aufgefordert, die Abrechnung vom 8. Quartal zu prüfen und zu unterschreiben, wurde ein Antrag gestellt, gemeinschaftlich mit der Zögern die Vollgeldrevision aufzunehmen und die von der Bauordnung bezügliche Einsehen und Vergleichen der Fenster auf Neubauten bei kalter Jahreszeit, damit inwendig arbeitende Handwerker bei kaltem Frost nicht ausgefrostet sind. In den darauf folgenden Tagen stellten sämtliche Zeitungen am Orte den Antrag als einen besonderen Beschluß der Statutenrevisoren ihren Lesern vor. Manche stellten sogar den Antrag auf den Kopf und schrieben statt Fenster auf Neubauten Schaulenfenster. Auf Ersuchen des Wirtches finden von jetzt ab unsere Sitzungen an jedem Mittwoch nach dem 1. und 16. jedes Monats statt.

Witkau. Die hiesige Filiale hielt am 27. Oktober ihre Quartalsversammlung im Restaurant „Gedewiß“ ab. Die vom Kassierer berechnete Abrechnung wurde für richtig befunden. Der Mitgliedsbestand ist unverändert. Zur Sprache gebracht wurde, daß die Holz- und Schiffs-Werkstätten, die Filiale ist aus dem Gewerkschaftsverbande ausgeschieden, auf Irrtum beruhe. Die säumigen Beitragszahler sollen brieflich an ihre Pflicht erinnert werden. Betreffs der ausständigen Arbeit wurde folgender Beschluß gefaßt: Die Auslösung (Ersatz für Mehraufwendungen an Kopf und Logis) soll im Voraus für die darauf folgende Woche bezahlt werden.

Literarisches.

Die Nr. 22 des „L'Operaio Italiano“, welche mit Nr. 44 des „Grundstein“ zum Versand kommt, hat folgenden Inhalt: Welches Geld ist am besten angelegt? — Erdölge der englischen Gewerkschaften. — Die Streiks der Maurer im Jahre 1899. — Warum die Weiden reich sind! — Avo Maria des Kapitalismus. — Der „Lobel“, ein Kampfmittel der amerikanischen Organisationen. — Eine wohlverdiente Aktion. — Internationaler Kongress in Paris. — Die kleinen Parasten der Arbeiterschaft. — Ein vernünftiges Urteil. — Aus den Zahlstellen. — Lohn- und Streikbewegung. — Un-

glücksfälle auf Watten. — Verschiedenes vom In- und Auslande.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dietz Verlag) ist jochen das Heft 3 des 19. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalte heben wir hervor: Das persönliche Regiment. — Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen. — Von Burmus. I. — Bruder Bauer! Von H. Hofer (Stuttgart). — Sozialismus und Erziehung. Eine sozial-pädagogische Skizze von Ludwig Wolkmann. — Stellung der Konsumvereine und Allgemeiner Genossenschaftsverband. Von Herrn. Fleißner (Dresden). — Literarische Rundschau: Hinter der Mauer. Karl Heßler, Die deutschen Kolonien. — Notizen: Der Mann mit der Gade.

Abrechnung

über den Maurerstreik in Garburg.

Einnahme.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes items like 'Aus dem Zentralstreikfonds', 'Beiträge der zu den neuen Bedingungen arbeitenden Kollegen', 'Von einigen Wilhelmshurger Kollegen', 'Überbrückung vom Teufel'schen Neubau in Wilhelmshurg', 'Zurück erhalten', 'Summa'.

Ausgabe.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes items like 'Für Unterstützung der Streikenden', 'Für Unterstüzung an streikende Kollegen, die den Ort verlassen haben', 'Fremdenhaltung des Junges', 'Für Beschaffung angelegener Kollegen', 'Druckkosten, Porto und Schreibmaterialien', 'Sonstige Ausgaben (Fahrtentschädigung)', 'Dem Gewerkschaftsverband', 'Für Herstellung der Abrechnung', 'Für die Hauptkasse zurückgefabnd', 'Summa'.

Garburg, den 6. September 1900.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Streikkommission: G. Brandhorst, Fr. Fresco, Wils, Abrecht.

Zentral-Krankenkasse

der Maurer, Gipser (Weißhändler) und Stukkateure Deutschlands, „Grundstein“ zur Einheit“ (z. H. Nr. 7).

In der Woche vom 21. bis 27. Oktober sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Leibsch M. 250, Stein 200, Verden (Niedr) 200, Albed 200, Westig (Markt) 200, Halle a. d. S. 200, Thella 180, Tschow 100, Lippoldswieser 100, Wornis 100, Wlantenburg (Hara) 100, Nepe (Niedr) 100, Groß-Biegenort 100, Bölsig (Pommern) 100, Leipzig-Deubnitz 100, Wittenberg 97, Segeberg 80, Zahr (Waben) 75, Ebergsdöben 62, Schlegau 50, Schierstein 50, Gedartshausen 50, Weglar 35. Summa M. 2689.

Zuschüsse erhielten: Widdorf M. 800, Rönin a. M. 800, Breslau 200, Gainsstadt 150, Nollhof 100, Saarumund 100, Seyda 70, Schweidwieser 60, Wlagedeburg 50, Würgelst 50, Freiflad 30. Summa M. 1410.

Altona, den 27. Oktober 1900.

Karl Dietz, Hauptkassier, Friedrighsbadestr. 28.

Zentral-Verband

der Maurer und verw. Berufsgenossen Deutschlands, Sitz Hamburg.

Bekanntmachung.

Für Mitglieder, welche im Herbst nach Hause reisen.

Diesem Mitglieder, welche mit Beginn des Winters den Ort, wo sie in Arbeit stehen, verlassen und an einem Orte ihren Aufenthalt nehmen, an dem eine Verbandszahlstelle nicht besteht, machen wir darauf aufmerksam, daß ihnen, wenn sie sich bei der Hauptkasse anmelden, der „Grundstein“ von hier aus zugestellt wird. Bei der Anmeldung ist das Mitgliedsbuch mit einzubringen.

Wollen die Kollegen aber lieber mit der Zahlstelle, der sie bisher als Mitglied angehört haben, in persönlichem Verkehr bleiben und sich von dort aus den „Grundstein“ zustellen lassen, dann steht dem nichts im Wege.

Die Zahlstellenverwaltungen werden ersucht, die Mitglieder auf Dinges aufmerksam zu machen.

Zu gleicher Zeit ersuchen wir die Zahlstellenverwaltungen, dann, wenn Mitglieder abreisen und den „Grundstein“ von der Zahlstelle nicht beziehen, nicht zu vergessen, auch die entsprechende Zahl Exemplare des „Grundstein“ abzugeben.

Reiseunterstützung

wird vom 1. Dezember an gestiftet. Alle Zahlstellen, die auf Grund des § 8 des Statuts Reiseunterstützung auszahlen müssen, haben Kollegen zu bestimmen, welche die Unterstützung auszusprechen haben. Am besten ist es, wenn der Zahlstellenkassierer damit beauftragt wird. Der Name des Auszahlers und Zeit sowie Ort der Auszahlung sind dem Herbergsrichter mitzuteilen, damit dieser zureichenden Kollegen Auskunft erteilen kann.

Reiseunterstützung wird nicht gezahlt in Zahlstellen

a) welche in einem Umkreise von 12 km um größere Städte liegen (sofern der Ort keine Stadt ist);

b) die sich in Dörfern mit weniger als 3000 Einwohnern befinden;

c) die noch nicht ein ganzes Jahr bestehen.

Reiselegitimationskarten, ohne welche Unterstützung nicht ausbezahlt wird, werden nur vom Verbandsvorstand nach dem 15. November an ausgestellt. Mitglieder, welche eine Karte wünschen, haben ihr Mitgliedsbuch und ihre Streikfondskarte, sowie 20 S. in Briefmarken für Rücksendung einzulegen. Der Betrag muß für dieses Jahr voll bezahlt sein; die Streikfondskarte muß mindestens für M. 5 Marken enthalten.

Mitglieder, welche noch nicht 1 Jahr dem Verbandsangehören (ausgeschlossen sind Junggesellen, die innerhalb 4 Wochen nach beendeter Lehrzeit beigetreten sind), können Reiseunterstützung erst dann erhalten, wenn 1 Jahr seit ihrem Eintritt verstrichen ist.

Junggesellen, welche eine Legitimationskarte wünschen, haben außer dem Mitgliedsbuch und der Streikfondskarte eine Bescheinigung einzuholen, aus der hervorgeht, daß sie innerhalb vier Wochen nach beendeter Lehrzeit dem Verbandsangehören sind.

Als solche Ausweisepapiere genügen ein Lehrbrief oder eine sonstige Bescheinigung des Lehrmeisters über die beendete Lehrzeit. Wenn an dem Orte, wo ein Kollege ausgelehrt hat, eine Verbandszahlstelle besteht, dann genügt auch eine Bescheinigung der betreffenden örtlichen Verwaltung.

Vom Vorstande bestätigt

sind die neu gewählten Verwaltungskommissionen der Zahlstellen: Jochimsdahl, Minsberg, Nippes, Neuhardenberg, Kremmen, Wismar, Gnesen, Silben, Scharf, Weida, Rabeberg, Berlin IV, Mügeln 5. Dr., Bichtenstein i. S., Zwickow.

Ausgeschlossenen

wurden auf Grund § 16a resp. b des Statuts von der Zahlstelle Zielentz: Max Krüger (Wuch-Nr. 094619); Wilmersdorf: Paul Techner (Wuch-Nr. 91259).

Die wegen rückständiger Beiträge gefristeten Mitglieder werden unter dieser Rubrik nicht veröffentlicht.

Als verloren gemeldet

sind die Mitgliedsbücher der Kollegen: Otto Richter (Wuch-Nr. 168979), Oskar Fischer (Wuch-Nr. 092427), Rudwig David (Wuch-Nr. 146578), Karl Lange (Wuch-Nr. 088919). Dieselben werden hiermit für ungültig erklärt.

Der Vorstand.

S. A.: J. Gfitinge, 2. Vorsitzender.

In der Zeit vom 28. bis 29. Oktober 1900 sind folgende Beträge bei uns eingegangen:

Hauptkasse.

Von der örtlichen Verwaltung: Berlin IV M. 571,64, Doheln 512,40, Stuttgart 243,85, Erzbis a. d. Elbe 184,40, Steinbeil 177,20, Reichenhagen 170,24, Schleswig 168, Salzwedel 143,37, Teichhofen 134,92, Freisenheim 118,20, Schmalzheim 107,40, Hammer 5. Jahn 104,08, Eckenforde 103,60, Zahna 100,92, Wellen 95,48, Letzen 94,76, Neuhardenberg 90, Offenhal 84,40, Wismar 83,44, Dierholz-Schwarmed 71,96, Wrikel i. Mecklenburg 66,37, Görde 62,18, Guchelheim 57,56, Kirchwäber 55,48, Neustadt i. Dornmuhl 55, Melbör 49, Rheine i. B. 60,88, Södel b. Frieberg 44,77, Weidenhadt 44, Nrieh 42,05, Jütta 42, Or. Ballhausen 35, Goldberg i. Mecklenburg 32, Märzheim 29,08, Berlin I 796,95, Gledrichs 2,55, Sonneberg i. Thür. 212,40, Wandsbül 197,40, Wänter i. B. 202,20, Gemenitz 200,24, Speyer 182,40, Nibel-Wiebelbach 159,23, Wänden i. Hann. 153,84, Rossemühl 129,45, Al-Schaumburg 104,60, Kreuznach 96, Rohelch 85,95, Gichhof i. Pommern 85,20, Greunburg a. d. Berra 80,80, Fribenberg 77,76, Hornau i. Pommern 68, Gichlin 61,52, Wödel 58, Kassel b. Mainz 59, Berlin a. d. B. 54,20, Gochheim a. Mainz 52,60, Neustadt i. Meckl. 50,80, Bichtenstein-Gallberg 42,60, Baaren 37,55, Kiffingen 31,52, Minden i. B. 24,80, Schag 13,40, Pären 5, Wlauen i. Vogt. 673, Mainz 455,80, Storch 142,15, Schrie 180,50, Seegermühl 180,20, Wundmühle 110,10, Schneidemühl 96,51, Wudow b. Frankfurt a. d. O. 82,84, Birna 68,54, Trebur 57,45, Speiserleben 55, Schmartaun 53,40, Gricst 33,20, Treptow a. d. Bera 36,86, Thale a. Harz 39,92, Guxhagen b. Kassel 27,65, Ufedom 19,96, Hühne a. Main 15, Wrieh 12,80, Söhenstein-Empthal 11,44, Kolberg 488,80, Weiskensels 291,04, Saengerhausen 174,45, Diebendach 149,40, Wlantenburg 147,40, Wlantenburg a. S. 145,45, Duppertshain 109,26, Weidenhofs-Dobendorf 80,08, Nordshausen 5. Kassel 77,12, Wrensböck 71,04, Wlantenburg-Schuldenberg 70,10, Nieder-Olm 67,40, Gelsenkirchen 65,20, Wlgen 50,40, Stolp i. Pomm 50,88, Schönhausen a. d. C. 23,56, Rantzsch 15,20, Egelin 17,81, Stettin 944,05, Wpenrabe 112,20, Döberan 88,70, Friedrighsheim 67,40, Coburg 42,38, Wlantenburg am Schwarzwald 41,16, Weiskensreuth 3,25, Dresden 453,30, Witkau 479,56, Tangermünde 180,08, Hammelstall in Pommern 122,76, Gesehe 120,60, Gr. Deeren 80,40, Wlringen 36,41, Sonnenberg bei Wllesbuden 160,20, Gichlin i. S.-L. 55,80, Wlittsch 49,48, Kiel 800, Spandau 210, Leipzig 800, Wundenwale 118, Dresden 600, Erfurt 100, Lissa 80, Söhenmühl 145,84, Schierstein 107,40, Friedrighsroba 99,20, Nlatbor 89,44, Hoflau 72,24, Minsberg 50, Erbing 45,20, Frier 42,65, Domersleben 40,12, Frieberg i. S. 38,72, Reiskirchen 38,28, Camthal 14,55, Fanzig 194,24.

Streikfonds.

Berlin IV M. 201,08, Stuttgart 90,72, Frieberg 2,09, Erzbis a. d. Elbe 113,76, Steinbeil 183,04, Schleswig 41,68, Salzwedel 20,40, Teichhofen 14,96, Hammer bei Jahn 24,80, Eckenforde 51,36, Zahna 31,76, Wellen 48,24, Wismar 15,84, Dierholz-Schwarmed 8,88, Wrikel i. Mecklen. 7,87, Görde 18,16, Kirchwäber 1,60, Melbör 15,32, Rheine 11,60, Nrieh 14,50, Jütta 3, Goldberg i. Mecklen. 2, Stettin, Treptow,

Bommerstorf 2422,48, Münster i. W. 171,04, Chemnitz 60,64, Müthen i. Hannover 70,72, Mithrasf. i. Pommern 84,56; Alt-Schwaburg 11,90, Kreuznach 4, Rodigun 70,80, Gieshof i. Pomm. 45,76, Grenzburg a. d. Werra 5,52, Zschin 17,20, Baaren 19,20, Minden i. B. 110,80, Giesfeld (durd. Gerborn) 1,15, Wandb. 10,50, Reichenh. 28,90, Heegermühle 44,64, Weichmühle 33,40, Schneidemühl 50,16, Budaörs b. Frankfurt a. d. O. 26,98, Gipsersleben 11,84, Schwartau 17,68, Trepelow a. d. Rega 39,84, Thal e. Garg 15,60, Wlshorn 6,88, Harburg 1349, Reichenh. 119,52, Weichmühle 187,24, Sangerhausen 21,65, Wolfsmershausen 128,60, Blankenburg a. Harz 64,00, Weidendorf-Dobendorf 40, Ahrensbödd 30,79, Waltersdorf-Schulzendorf 29,90, Gellentrichen 8,88, Stolp in Pommern 84,20, Schönhausen a. d. Elbe 14,28, Egeln 64,08, Agitationst. Mainz 50,00, Penrade 53,60, Döberan 8,70, Wredenhelm 9,60, Koburg 1,28, Tangermünde 97,59, Hammelstall i. Pomm. 86,80, Gr. Weeren 44, Gohnditz (S.-M.) 18,48, Wittstock 101,20, Spandau 140, Lindenwalde 39, Bremen 1000, Hohensmühlen 68,98, Friedrichroda 28,44, Hofslau i. Anh. 12,72, Erbing —,80, Eiler 17,56, Domersleben 27,80, Freiberg i. S. 14,46, Danzig 1417,76.

Für „Geschichte der deutschen Maurerbewegung“.

Bielefeld M. 30, Olvenstedt 15, Dohheim 15, Reinbei 2,50, Trebitz a. d. Elbe 2,50, Salzweel 12,50, Teschendorf 2,50, Friedenstein 2,50, Ederndörbe 22,50, Rahna 5, Wellen 2,50, Heizen 4,50, Wismar —,50, Writel i. Mecklenb. 2,50, Henschelheim i. Kyritz 2,50, Sonneberg i. Thüringen 2,50, Chemnitz 6,50, Müthen i. Hann. 2,50, Mithrasf. 2,50, Bodebusch 2,50, Weidendorf 2,50, Wibel 2,50, Neustadt i. Mecklenburg 2,50, Wandb. 15, Kyritz 2,50, Storfow 2,50, Lechte 2,50, Schneidemühl 2,50, Pirica 2,50, Trebitz —,50, Gipsersleben 2,50, Schwartau 1,50, Erblath —,50, Fallow 2,50, Colberg 7,50, Sangerhausen 1, Diegenbach 6, Ahrensbödd 2,50, Lügen 11,50, Stolp i. Pomm. 2,50, Egeln 7,50, Wehrade 2,50, Coburg 2,50, Seitzin 25, Juidau 7,50, Hammelstall i. Pomm. 5, Sonneberg, d. Wiesbaden 6,50, Bremen 68,50, Dresden 100, Hohensmühlen b. Freiberg i. Sach. —,50.

Für Broschüre: „Die Augsburger Prozesse“.

Olvensfeld, Kottb. Trebitz a. d. Elbe, Teschendorf, Zagna, Wesseln, Heizen, Wismar, Writel i. Meckl., Kyritz, Sonneberg

i. Thür., Chemnitz, Müthen i. Hann., Mithrasf., Bodebusch, Weidendorf, Wibel, Neustadt i. Meckl., Kyritz, Storfow, Colberg, Schneidemühl, Pirica, Gipsersleben, Erblath, Fallow, Colberg, Ahrensbödd, Lügen, Stolp i. Pomm., Egeln, Wehrade, Coburg, Seitzin, Juidau, Bremen, Hohensmühlen je 75 A., Dresden M. 1,50, GutsMuthsheim 80 A.

Für Broschüre: „Was wir wollen“.

Bielefeld M. 2, Sonneberg i. Thür. —,30, Chemnitz 2.

Verichtigung.
Statt der in Nr. 42 unter Colpa für die Hauptliste quittierten M. 894,88 muß es richtig heißen: M. 494,88.
Die Zahlenlisten-Kassier resp. Einsender von Geldern werden ersucht, auf den Postabschlüssen genau anzugeben, wofür das eingelebte Geld bestimmt ist.
S a m b u r g, den 29. Oktober 1900.
F. Köster,
Samburg-St. Georg, Brennerstr. 11, 1. Et.

Anzeigen

(Anzeigenannahme bis Dienstag Morgens 8 Uhr.)

Sterbetafel.
(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Todesfälle der Verbandskollegen, soweit wir in Kenntnis einer Woche nach dem Sterbefalle Mitteilung erhalten. Die Beile ist 10 A.)

Berlin II. Am 18. Oktober verstarb unser Verbandskollege **Karl G. Bauer** im Alter von 49 Jahren.
— Am 15. Oktober verstarb unser Verbandskollege **Jos. Scholz** im Alter von 51 Jahren.
Dresden. Sonnabend, den 20. Oktober, verstarb unser Ehrenmitglied **Julius Barth** im Alter von 68 Jahren.
— Sonntag, den 21. Oktober, verstarb unser Mitglied **Karl Braune** im Alter von 81 Jahren an Schlaganfall.
Erfurt. Am 21. Oktober starb plötzlich unser treues Mitglied **Theodor Höhne** im Alter von 60 Jahren. Derselbe war ein treues Mitglied unserer Organisation.
Gesfacht. Am 26. Oktober starb nach langem Leiden unser treuer Verbandskollege **Hermann Haberland** an der Lungenschwindsucht im Alter von 24 Jahren.
Grüßwald. Am Montag, 22. Oktober, starb nach kurzem Krankenlager unser Verbandskollege **Fr. Gardeman** im Alter von 60 Jahren am Magenkrebs.
Ruppertsghain. Am Freitag, den 19. Oktober, verstarb unser Mitglied **Heinrich Thoma** aus Eppenhain im Alter von 32 Jahren durch einen Unfall.
Saarman. Am Donnerstag, den 25. Oktober, verstarb nach schwerem Leiden unser treues Mitglied und Mitgründer unserer Zählstelle **August Kühne** im Alter von 81 Jahren.
Zeitzin. Am 19. Oktober verstarb nach kurzem Krankenlager zu Webersberg unser Verbandskollege **August Ulrich** im Alter von 62 Jahren.
Ehre ihrem Andenken!

Meerane.

In der in Nr. 43 des „Grundstein“ veröffentlichten Aufforderung soll es nicht heißen Edwin Gertsch, sondern **Edwin Hertsch**.

Quittung.

Für die prompte Auszahlung des Stiergeldes von M. 80 von der Sterbetafel der organisierten Maurer der Rheinpfalz meinen Dank. Frau Ww. **Wilhelm Schmitt**, geb. Holz Müller, in Oppan.

Schönebeck a. d. E.

Den Kollegen zur Nachricht, daß laut Beschlusses der Versammlungsbeschlüsse die Verbandsmitglieder und Streikarten vom 8. November ab zur Kontrolle eingezogen werden.
[M. 2,10] Der Beschlusmächtige.

Wiesbaden.

Alle Kollegen, die noch im Besitze von Streikfondsgeldern und auch Streikfondsmarken à 15 A sind, werden dringend ersucht, sich sowohl als Marken bis spätestens den 25. November an den Streikfondskassier **Jacob Schickel**, Wiesbaden, Albersstraße 65, abzuliefern.
[M. 2,70]

Der Maurer **Adolf Wrecke** aus Schöningen oder Ibersleben, früher in Ibersleben in Arbeit, wird um Angabe seiner Adresse gebeten. Alle Verbandskollegen, welche über Wrecke Auskunft geben können, werden um entsprechende Mitteilung ersucht.
Otto Frankenberg,
[M. 2,40] Oschersleben, Gartenstraße 80.

Stettin.

Achtung! Stiffkauter! Achtung!
Den verlassenen Kollegen hiermit zur Kenntnis, daß wir unser Vereinslokal verlegt haben nach der **Gewerkschaftsherberge** im Logierhause des Herrn **Robert Stellmacher**, Wismarstr. 10. Dasselbe wird auch die Vereinsunterstützung ausgezahlt.
[M. 8,30] Der Füllbarborsand.

Wurzen.

Die Adresse des Vertrauensmannes der Maurer von Wurzen ist: **Otto Vlewer**, Nießhöfenstr. 17, 1. Et. [M. 1,50]
Der Kollege **Carl Sauer**, Buch-Nummer 097 698, wird um Angabe seiner Adresse ersucht. Die Zählstellenverwaltungen, denen der Aufenthalt des Kollegen bekannt ist, werden um entsprechende Mitteilung gebeten.
[M. 2,40] **Jos. Müller**, Vertrauensmann der Maurer, Essen a. d. R., Koulenstr. 16, 1. Et.

Aufforderung.

Ersuche die Kollegen, mir die Adresse des Maurers **Ludwig Schubert** aus Okerode, Buch-Nr. 038 093, mitzutheilen. Sehr wichtig!
[M. 2,40] **Friedrich Pommer**, Kassier, Nordhausen, Bachhausberg 16.

Aufruf.

Alle Kollegen, welche in Nürnberg waren und dem „Roland-Schacht“ angehört haben, sowie auch andere leitende Persönlichkeiten von dergleichen Zusammenkünften werden ersucht, ihre Adresse an den Unterzeichneten einzusenden, da Prozeßsachen und sonstige Angelegenheiten zu regeln sind.
Mit kollegiallichem Gruß
Der „Roland-Schacht“ Nürnberg.
[M. 4,20] **S. A. Karl Grotzberg**, Nürnberg; Westertinsplatz 7, NB. Halbtägige Antwort erwünscht. D. D.

Der Zimmerjunge **Karl Fiedler** aus Altsenburg bei Naumburg (Saale) wird ersucht, sich sofort bei dem Unterzeichneten zu melden, da es dringend notwendig ist, daß eine Wohnung im Grundbuchamt zu Naumburg a. d. S. vorgenommen wird. Alle, die mit Fiedler zusammen kommen, werden ersucht, ihn auf dieses Inserat aufmerksam zu machen.
Franz Fiedler, Cassel, „Zur Linde“.
[M. 3] Altsenburg b. Naumburg a. d. S.

Lehlin.

Hiermit nehme ich die Beileidigung, die ich gegen die Kollegen **Karl Wino** und **Ernst Götter** ausgesprochen habe, zurück.
[2,10] **Wilhelm Schönefeld**, Schmin 6. Gr.-Kreis.

Ehreneklärung.

Die Beileidigung, die ich gegen den Maurer **Franz Kapitzi** ausgesprochen habe, nehme ich hiermit zurück und erkläre die von mir gemachten Äußerungen für unwahr.
Kiel, 28. Okt. 1900. **Karl Sohorst**.

Caputh b. Potsdam.

Am Sonnabend, den 10. November, Abends 7 Uhr, feiert die Zählstelle ihr **Erstes Stiftungsfest**.
Freunde und Kollegen aus den umliegenden Zählstellen werden hiermit freundlich eingeladen. [2,70] Die örtliche Verwaltung.

Quittungsmarken
und **Kautschukstempel**
liefert seit 22 Jahren
i. Laufende Kasien u. Vereine
Jean Holze,
Hamburg, Drehbahn 45.
Verlag sozialistischer Bücher.
Fraktionsbild der soziald. Partei 1898.
Zustirzte Preislisten gratis und franco.

Praktischen Maurer.

Gratistbeigabe: 1 Fassadenalbum mit 60 Blatt.
Inhalt des Wertes siehe „Grundstein“ Nr. 20 S. 11.
Bei Barzahlung 5 Pst. Abzug. Theilzahlungen monatlich M. 6.
Auch zur Lieferung jedes anderen Buches empfiehlt sich bestens die
Verlagsbuchhandlung v. **Arthur Gasch**, Leipzig, Auerbach's Hof.

Quittungsmarken,
Lokalfondsmarken, Stroklondsmarken,
Quittungs-, Kontrollkarten, Sammelkarten
sowie alle Druckarbeiten
liefert sauber und preiswert
Conrad Müller,
Schönefeld-Beitzig.
Musikreife Preislisten gratis.

Die schönste Musik erleben Sie durch meine Konzert-Mundharmonika mit Messingplatten, Decken graviert u. aufgeschraubt, 80 Stimmen, 2 Seiten spielbar. Sende 6 Stück zur Probe und nehme, wenn nicht gefällt, innerhalb 8 Tage unbedingt zurück. Preis M. 1,90.
B. Fischer, Cera (W.), Trebitzstr. 8.

Weltberühmte
Hamburger Spezialartikel
für Maurer und Zimmerer.

Arbeitsgarderoben
hoester
Fabrikate u
Gegründet
1868.
Hamburger
Special-
Artikel
mit der Wasserwaage.
Eingetr. Schutzmarke

Beste Arbeitsgarderoben.
Prima Isländer.
Preisliste gratis. Versand franko gegen Nachnahme.

Louis Mosberg,
Bielefeld,
nur 44 Breitestrasse 44,
Paponmarkt-Ecke.

Kollegen Deutschlands! Isländer, M. 6. Erste Hamburger Lederhosen I. M. 6,50, II (2 1/2) schwerer M. 4,80, III M. 3,20 horiofrei. Streng reell. Nicht Gefallenles nehme retour. Muster und Preislisten gratis.
Kollege Kohlhold, Dresden-N., Mittelstr. 4.

J. Blume & Co.,
Hamburg.
EINGETRAGENE
Tägliches Ver-
sand unserer
bekanntesten, echt
engl. u. lebernen u.
Manchesher
**Arbeits-
Artikel**
u. Isländer
Sachen.
Muster und Preislisten gratis.
J. Blume & Co.,
Hamburg.

Fachschriften u Lehrbücher
für Handwerker u Gewerbetreibende.
Kataloge gratis u franko.
JOH. SASSENBACH, Bücher-Versand, BERLIN

Verksammlungs-Anzeiger

(Unter dieser Rubrik werden alle Versammlungen des dem Erscheinungstage der jeweiligen Nummer des Blattes folgenden Woche bekannt gemacht. Der Brief für jede Nummer des Blattes von 3 Zeilen nicht überschreiten darf, beträgt 20 A. Die Nummern müssen für jede Versammlung besonders eingelebt werden.)

Verbandsversammlungen der Maurer.

- Sonnabend, 3. November:**
Aken. Abends 8 1/2 Uhr öffentliche Versammlungsfeier in der Herberge u. d. D. Die Arbeit im Bauereie. Redt. Otto Jahn. Kommt über Rollsch. Abends 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Rollsch. Gahhof „Zur grünen Tanne“. Die phant. fischen Ereignisse wird gebeten.
Sonntag, 4. November:
Belgern. Nachmittags 3 Uhr im Gahhof „Zum weißen Röh“. Redende: Reichel wird erwartet.
Bergedorf. Im Hofe St. Peterburg. Bahndienst. Ereignisse im November.
Granssee. Nachmittags 4 Uhr Mitgliederversammlung im Hofe St. Peterburg. Im sauberen Ereignisse wird gebeten.
Gross-Salze. Nachmittags 4 Uhr Mitgliederversammlung im Hofe St. Peterburg. Alle Kollegen zur Stelle.
Königsflutter. Nachm. 3 Uhr Hauptversammlung im „Hof“. Redung d. Hofm. zu 1201/1202. Jüngerer Bauereiegelegenheiten. Redt. F. Weisner.
Kroppeln. Nachmittags 2 Uhr Hauptversammlung im Hofe St. Peterburg. Redt. Weisner. Ereignisse im November.
Stade. Nachmittags 4 Uhr Mitgliederversammlung im Hofe St. Peterburg. Redt. Weisner. Ereignisse im November.
Meuselwitz. Nachmittags 3 Uhr Mitgliederversammlung im Hofe St. Peterburg. Alle Kollegen müssen erscheinen.
Osterfeld. Nachmittags 4 Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung im Hofe St. Peterburg. Redt. Weisner. Ereignisse im November.
Zerbst. Nachmittags 3 Uhr Mitgliederversammlung im Hofe St. Peterburg. Redt. Weisner. Ereignisse im November.
Diensd., 6. November.
Bitterfeld. Abends 8 Uhr Mitgliederversammlung bei der Ww. Köhler. Ereignisse aller Kollegen im November.
Cottbus. Abends 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Hofe St. Peterburg. Redt. Weisner. Ereignisse im November.
Gaarden. Abends 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Hofe St. Peterburg. Redt. Weisner. Ereignisse im November.
Nienstedten. Abends 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Hofe St. Peterburg. Redt. Weisner. Ereignisse im November.
Spandau. Abends 8 1/2 Uhr bei Ww. Köhler. Ereignisse im November.
Wandsbek. Abends 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung bei Wandsbek. Redt. Köhler. Ereignisse im November.
Sonntag, 8. Oktober:
Dahlenwarleben. Abends 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Hofe St. Peterburg. Redt. Köhler. Ereignisse im November.
Sonntag, 11. November:
Schmölln. Nachmittags 3 Uhr Mitgliederversammlung im Hofe St. Peterburg. Redt. Köhler. Ereignisse im November.
Oppeln. Im Hofe St. Peterburg. Redt. Köhler. Ereignisse im November.
Zentral-Arbeitskassier der Maurer u. Zimmerer.
Diensd., 6. November:
Nienstedten. Abends 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung bei Köhler. Im sauberen Ereignisse wird gebeten.